

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Befellungen nehmen alle Postämter und die Kantler bei der Bestimmung des Tages und der Geschäftsstelle zu, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig Anzeigener. Scherzreiter und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigen-Nachnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 123.

Donnerstag, den 15. Oktober 1931.

34. Jahrg.

Reichstag-Eröffnung und Reichstag-Aussprache!

Das Wirtschaftsprogramm.

Die weitestgehende Zerrüttung der Weltredewirtschaft hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt. Mit diesen Worten leitete der Kanzler bei der Regierungserklärung die Behandlung dessen über, was allein eigentlich noch als Neues und dringend Notwendiges von der Regierung erwartet und gefordert war: das wirtschaftliche Programm. Aber nicht nur deswegen war von der Regierung Brüning bisher eine grundsätzliche Stellungnahme, ein feiner Einblick zu ganz bestimmten Vorgehen vermieden worden, weil sich die Kredit- und damit auch die wirtschaftlichen Beziehungen im Inland und mit dem Ausland von Woche zu Woche — so hätte er sagen können: von Tag zu Tag — ändern und noch ändern, sondern weil sich die Vermögensverhältnisse und Auseinandersetzungen darüber, was nun binnen wirtschaftlich geschehen müsse, immer mehr verschärft und zugepunkt haben. Weil sich außerdem diese wirtschaftspolitischen Gegensätze noch breiter, deutlicher und folgenschwerer ausgedehnt hatten auf das Innen-, auf das parteipolitische Gebiet. Darum gerade wird auch für die Haltung heute noch schwächerer Parteien dem Reichskanzler gegenüber nun von einiger Bedeutung sein, was der Kanzler als das Wirtschaftsprogramm seines jetzigen Kabinetts verstanden hat. Brüning hat dabei den Willen vorangestellt, die Stabilität der deutschen Währung unabhängig von internationalen Verhältnissen und zu sichern. Ist das der Ausgangspunkt, so wird als wichtiges Ziel betrachtet: Herstellung der Warenpreise, aber der Höhen in der Gütererzeugung und -verteilung. Damit rührt der Kanzler schon unmittelbar am Problem der Lohnhöhe, der Arbeitszeit, des Fortschritts und der Sozialleistung. Und das sind außerordentlich wichtige, auch politisch sehr empfindliche Punkte, die ja gerade jüngst erst der Gegenstand schärfsten Zusammenstoßes der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gewesen sind. Von beiden Seiten war der Kanzler zur klaren Stellungnahme hierüber gedrängt worden. Sie erfolgt aber nun nicht unabhängig nach der einen oder nach der anderen Seite. Das neue Kabinett wird hier einen Mittelweg ebnen wollen. Grundsätzliches Festhalten am Tarifgedanken — aber er muß größere Elastizität erhalten. Was sich also den wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten anpassen, darf wohl zum „Ding an sich“ werden, an dem die Wirtschaft gerichtet. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen immer angepaßt werden, erklärte der Kanzler. Und man denkt daran, daß man dies grundsätzlich schon beim Schiedsgericht im Ruhrbergbau versucht hat. Aber der Kanzler ist auch sehr gegen das ewige Sine qua non der Tarifpolitik: die Lohn- und tarifpolitische Streitigkeiten. Arbeitgeber und -nehmer sollen diese selbst und unter eigener Verantwortung austragen: Reform des Schieds- und Schlichtungswesens.

Wenn also der harte Zwang in der Lohn- und Tarifpolitik gemildert werden soll, dann entspricht dem, daß der Kanzler sich auch gegen den Kartellzwang bei der Preisbildung wandte. Auch dafür verlangt er mehr Elastizität, schnellere Anpassung an die allgemeinen Preisänderungen und an die Kaufkraft der Massen. Das bedeutet wohl die Auffassung, daß die Preissteigerungspolitik der Reichsregierung auch gewisse bisher noch bestehende Hemmnisse durch eine Revision der Kartellgesetze beseitigen will. Aber auch hier begnügt sich der Kanzler mit Andeutungen, mit Nichtlinien, weil ja Häheres erst durch die beabsichtigten direkten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen praktisch ausgearbeitet werden soll. Von nicht minder großer Wichtigkeit für die Gestaltung der Erzeugnisse und beim Handel und Gewerbe sind natürlich auch die Kreditfragen. Hier erklärte der Kanzler nur, auf dem bereits besprochenen Wege weitergehen zu wollen, der ja — über die Banken — ein überaus umfangreiches Eingreifen der Regierung in die gesamte Kreditpolitik bedeutet. Einen recht wichtigen Punkt berührte Dr. Brüning durch Erwähnung der volkswirtschaftlich höchst ungerathenen Kreditverteilung, bei der die kleine und mittlere Industrie, vor allem aber Handel und Gewerbe bisher mit geradezu lächerlichen Beträgen abgespritzt wurden. Die Kreditfrage für diese Wirtschaftszweige muß künftig „auch bei der Bankenpolitik“ eine der wichtigsten Aufgaben sein. Hoffentlich wird diese „Aufgabe“ endlich auch erfüllt!

„Für „programmatisch“ äußerte sich der Kanzler zu den heute schon immer geäußerten, nun „von Woche zu Woche“ sich ändernden Fragen anderer Handelspolitik. Wieder einmal muß er die sich immer höher türmenden Zoll- und sonstigen Sündenrufe für unsere Ausfuhr beklagen. Uns selbst zwingt der Devisenmangel zu einer Einschränkung der Einfuhr, vor allem natürlich dort, wo eigene Erzeugnisse die fremden Einfuhrwaren ersetzen können. Das Problem der Zurückführung des Binnenmarktes wird berührt — aber auch hier verweist der Reichskanzler darauf, daß dieser Programmrahmen erst noch ausgefüllt werden soll durch die Arbeit eines Wirtschaftsrates.

Und das Ziel alles dessen, was der Kanzler in der Regierungserklärung, dann später in der darauf folgenden Rede entwickelte? Preissteigerung für die deutschen Erzeugnisse von ihrem Entstehen bis zum Übergang in die Hände des letzten Konsumenten. Geht sich das „ein Programm“. Aber nun heißt's erst noch, es in die Wirklichkeit umzusetzen!

Brüning und die Parteien.

Die Lösung ist im Gange. Von einem eigentlichen Debattieren, von einer wirklichen Aussprache, ist ja im Reichstag kaum jemals die Rede, höchstens — bei ganz unwichtigen Angelegenheiten. Man hält mit Unterstützung seiner politischen Freunde meist eine Art Monolog. Das hat jetzt eine neue, parlamentarisch vieldeutige, aber doch charakteristische Note erhalten: man demonstriert durch das Schreien aus dem Saal, daß man auf eine Aussprache kein Gewicht legt, sondern den Gegner nicht hören will. Infolge dessen beantwortet heute zunächst der Reichskanzler die Abwesenheit seiner politischen Gegner auf der rechten während seiner getragenen Rede einfach mit der gleichen Abwesenheit: er geht hinaus, als der Führer der Nationalsozialisten, Dr. Dietrich, die Rede beginnt, um für seine Partei eine Erklärung abzugeben. Es folgt darin ein Gegenangriff sowohl auf die gesamte Richtung der „Lösen- und Zimmern“, der Wirtschaft- und Sozialpolitik, wie sie von der jetzigen Regierung betrieben wird, als auch auf alle einzelnen Maßnahmen dieser Regierung. Das Verleihen dieser Erklärung ist ebenfalls eine bewusste Weigerung, das berechtigtes Gehörnis im Parlament, zu bejahen, indem sie sich nicht zu äußern wollen. Die Nationalsozialisten wollen eben dieser Regierung und diesem Reichstag nichts sagen, deren Daseinsberechtigung sie bestreiten, sondern sie wollen nur zu dem deutschen Volk sprechen und ihm ihre Ansichten über Regierung und Reichstag darlegen.

Was dem zweiten, dem formalistischen Oppositionsredner, tritt als dritter der deutschnationalen Kraftensprechende Dr. Oberjohann auf. Auch er geht mit gesammelter Kraft gegen die Regierung Brüning vor, doch — er debattiert. Er hält keine Programmrede. Er geht ein auf das, was am Tag zuvor der Kanzler sagte. Er erwidert ihm, und packt das aktuelle Tagesproblem, das für das Parlament in Frage kommt, nämlich das der Darzburger Frage, mit seinem Griff an. Schlußendlich dreht er sich dabei um die Schachtel. Dr. Oberjohann nennt es Inzanie, dem früheren Reichspräsidenten den moralischen Vorwurf des wirtschaftlichen Landesverrats zu machen.

In steigend scharfer Form treten ihm dann die Redner der Mittelparteien entgegen. Sie finden keine zureichenden Begründungen, wenn man sie die Rechte wieder hinauszuweisen. Minister haben das Recht, sich im Reichstag jederzeit Gehör verschaffen zu dürfen. Dieses Recht nutzt der Reichsminister Dietrich zu einem Gegenangriff von zwar nicht ganz unerwarteter, aber doch überaus scharfer Art auf Dr. Schacht wegen seiner Darzburger Rede. Ihm wiederholt der Minister in der Kaufkraft nur das, was er bereits in seiner ersten Erwiderung gesagt hatte. Jetzt ist die Rede im Saal und die Jurte von dort her steigert sich derartig, daß der Reichspräsident wiederholt dazwischenrufen muß. Aber das ist nur das Vorspiel. Zu demben Lärm, widem Widerspruch und noch lauterem Beifall heizt sich die Erregung im Saal, als nun der Finanzminister auf die Wirkung der Schachtel Rede im Ausland zu sprechen kommt. Ein halbes Dutzend ausländischer Zeitungen weist er vor, die von einer Infolenz der Reichsregierung sprechen. Und mit diesem Höhepunkt schließt diese sogenannte „Aussprache“.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers.

Im Reichstag stellt Reichskanzler Dr. Brüning seine neue Regierung vor und gibt dabei sein Regierungsprogramm bekannt. Er betonte hierbei insbesondere, daß die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten beschlossen habe, einen Wirtschaftsrat zu ernennen, der der Reichsregierung in den wichtigsten Entscheidungen der Wirtschaft zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in larger Maß ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm habe aber als erste Voraussetzung

die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe. Die Sozialpolitik müsse darauf abgestimmt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfüge. Der Kartellzwang, der als solcher gesund sei und erhalten werden müsse, bedürfe größerer Elastizität in der Sandabgabe. Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen immer angepaßt werden. Mit einer solchen Politik müsse die Behandlung der Kartellfrage Hand in Hand gehen, da die Preisgestaltung den wechselnden wirtschaftlichen Bedingungen und der geteilten Kaufkraft des Inlandes schnell angepaßt werden müsse. Die Bedeutung des Binnenmarktes werde in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten. Diese Ziele dienen auch die Wäme einer einheitlichen und bestmöglichen Zielung auf dem Lande.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit dem vorhandenen und anfallenden Rohstoffen bestmöglich zu wirtschaften.

Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft die vorliegenden Schwierigkeiten ausreißend und zu angemessenen Preisen bedürfen kann. Damit entspricht die Reichsregierung auch den Maßnahmen der Völkerverständigung.

Auswärtigen des politischen Kampfes werde mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Entscheidend im ganzen sei der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit, aber auch zur Selbstjucht und zum Opfer für das Vaterland. Diesen Willen in unserem Volk und besonders in unserer Jugend zu wecken, liegt die Reichsregierung als ihre wichtigste Aufgabe an.

Sitzungsbericht.

(54. Sitzung.) Ob. Berlin, 14. Oktober. In der Regierungssitzung hat Reichskanzler Dr. Brüning mit einigen Ministern Platz genommen. Die Bänke der Nationalsozialisten und der Deutschen Nationalen bleiben, von wenigen „Hörposten“ abgesehen, leer.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

und die damit verbundenen Anträge eröffnet. Als Dr. Reichschied (Soz.): Das deutsche Volk rührt nicht bei uns einem verfallenen Regierungssystem. Es ist nicht der Marxismus und nicht die Demagogie, die die diese Krise herbeigeführt haben. (Sch. w. b. d. Soz.) Die Ereignisse der letzten Monate im Süd- und Auslande bringen den klaren Beweis für das

Verlagen der Führung des privatwirtschaftlichen Systems. Gegen den Inhalt der Vorverordnungen haben wir Bedenken. Mit Nachdruck wird nur die Entzung der Löhne und der Gehälter betrieben, während wir bei den

Maßnahmen zur Preislenkung nur Halbheiten und Schwachheiten sehen. Gegen die Allmacht der Kartelle wird wenig getan. Wir haben das Kabinett nicht toleriert, weil wir glauben, daß es sozialistische Politik treiben werde, sondern weil wir in erster Linie die Staatsform gegen die Angriffe der Nationalen und der Diktator schützen wollten. Wir haben vorher gesagt, daß die Exterieurpolitik

unserer sozialistische Wirtschaftspolitik schädigen und zu Verfallungen von uns führen würde. Wir haben aber die Regierung doch toleriert, weil es uns nicht um Agitationspropagandaerfolge geht, sondern um die Zukunft der gesamten Nation (Lebb. Weib. b. d. Soz.). Das wertvolle Volk wird durch die nationale Opposition gefördert.

Die Fronten sind jetzt klar abgeklärt: Auf der einen Seite die nationale Opposition, auf der anderen die vereinigten Sozialisten. Unsere Ablehnung der Maßnahmen der Regierung ist für uns das, was das Kabinett politisch tun wird, aber es ist die Bekämpfung des schärfsten Mißtrauens gegen das, was nach Brüning in Rom

Uns nächster Redner erbt als Dr. Fried (Nat.-Soz.) das Wort. Während die Abgeordneten der Rechten in diesem Augenblick den Saal betreten, verläßt Reichskanzler

Dr. Brüning seinen Platz. Der Redner verweist zu- nächst auf

das Fernbleiben der Nationalen Opposition während der Regierungserklärung. Diese Haltung entspreche keinesfalls dem Willen der schaffenden Volks- masse. Wir werden die Vorkerbungen weiter ablehnen. Die Nationalen haben nur stets als ein Verbrechen in der schärfsten Form gebendarmt. Ebenso ungeheuerlich wie diese Unterstellung ist der Versuch, die Dinge so darzustellen, als ob eine von uns getragene Reichspolitik notwendig sei.

Die Arbeitsbeschaffung in eine gefestigte Arbeitsfront hineintragen müßte. Wir wollen diese Aufgabe, die das letzte verbleibende Mittel zur Bekämpfung der herrschend volks- verwerflichen Krise darstellt, als völlig unübersehbar und als in jedem Falle zu lösende Aufgabe (Leb. Weis. b. d. Nat.-Soz.). Vor- nehmlich um des Arbeiters willen haben wir unsere Kampf gegen die Verküpfung des Volkes und der Wirtschaft, gegen Tribut- und Ertragspolitik geführt. (Handklopfen b. d. Nat.-Soz.) In einigen Punkten führt die Regierungserklärung auf nationalsozialistische Forderungen. Inwiefern wird die Regierung nach unserer Überzeugung nicht fähig sein, diese Probleme zu lösen, weil eben nationalsozia- listische Forderungen selbstverständlich

nur von Nationalsozialisten in der Praxis übertragen werden können, niemals aber von unzuverlässigen oder gar böswilligen Radikalen (Leb. Weis. b. d. Nat.-Soz.). In der Sache und Politik werden wir nicht zurückweichen und Er- gebnislosigkeit der Arbeit des Kabinetts Brüning geizet. Die Politik Frankreichs ist nach wie vor die fürchterliche Ge- fahr nicht nur für Deutschland sondern für ganz Europa. Wir sind nicht beabsichtigt zu leben

Verständigung auch mit Frankreich bereit, wenn sie die Gewähr dafür bietet, daß den Lebensnotwendigkeiten für unser Volk dabei Rechnung getragen wird. (Stürmische Hörs. Hörs. b. d. Regierungsparteien und links.) Dr. Fried schließt: Wir sprechen

dem Kabinett unser Mißtrauen aus und erwarten die Zustimmung aller verantwortlichen Mitarbeiter dieses Hauses. Die Zustimmung ungenügendem Entschluß, nicht zu rufen, bis wir die Führung der Nation zu uns selbst seiner wertvollsten Schichten in Händen halten. (Stürmischer Beif. b. d. Nat.-Soz.) Unsere Regierungserklärung wird kurz sein, sie wird lauter: Kraft und Willkür, Freiheit, Arbeit und Brot (Langanhaltender Beif. Weis. b. d. Nat.-Soz., die darauf ge- schlossen unter Beifallen den Saal verlassen.)

Abg. Dr. Oberjohann (Zm.) erklärt, während die Deut- schen nationalen und Nationalsozialisten wieder im Saal erschienen. Die deutsche Volk ist im wesentlichen die Folge einer deutschen Krise, die verurteilt ist von dem System, das wir bekämpfen. Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Zettin war ein erhellendes Zeugnis zu dem Führer zu sagen- berg (stürmischer Beif. Weis.). Man hat ihm vorgezogen, daß er den Herrn

Reichspräsidenten in die Erklärung gezogen hat. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die nationalen Kreise mit der schuldigen Ehrfurcht zu erkennen geben, daß sie mit den Maßnahmen des Herrn Reichspräsidenten nicht einverstanden sein konnten. Wir hätten es allerdings lieber gesehen, wenn es ihm erlaubt worden wäre, die Minister aus Frankreich zu empfangen, solange

auf der Kriegsverbrecherliste der Name Hindenburg steht. Dr. Oberjohann fährt dann fort: Die jetzige Krise ist verurteilt worden durch die übermäßige Vereinnahmung in wirtschaftlicher auswärtslicher Kredite. Dr. Augener- berg hat schon damals vor diesem Saal, abzuwenden, aber man hat ihn nicht gehört. Redner wendet sich dann mit besonderer Schärfe gegen den Vorwurf, daß

Zugenberg die Inflation wolle, während er doch tatsächlich gesagt hat, daß wir wieder In- flation noch Deflation wollen. Der volle Mißverlauf der Regierung Brüning bringt hier in die Augen. Die Arbeits- losigkeit kann sich nicht vermindern, solange wir eine Zwangsbeschäftigung der Arbeit

haben mit dem Schicksalsbescheid, den Schicksalsprüchen und der Unmöglichkeit der Tarifverträge (Hörs. Hörs. links). Der Redner nimmt dann die Erklärung Dr. Schacht gegen die gegen ihn gerichteten Angriffe in Schutz

wegen der Paragrafen Rede. Schacht würde nur deswegen verurteilt, weil er einen ziel- bewußten nationalen Standpunkt einnimmt und die Mißpö- lichkeit der sozialistisch regierten Gemeinden bekämpft habe. Die Rede Schachts ist wichtiger verbreitet worden, aber die Reichsregierung durch ihre eigene Verboten, daß diese Ausführungen in den Zeitungen veröffentlicht werden. Ober- johann schließt mit der Erklärung, daß es für die Zukunft nur noch eine große Entscheidung zwischen

nationalistischer Politik oder Volkswirtschaft gebe Nachdem Oberjohann seine Rede beendet hatte, verlassen die Nationalsozialisten und Deutschnationale wieder den Saal.

Für die Zentrumsfraktion sprach Abg. Noos. Er lehnte die Vermählungen der Reden ab, den Zeremonien der Jugend und die Sünden an Verb und Volk in Erbpacht zu nehmen. Es gebe Millionen im Lande, die zwar keine lärmende Sprache führten, aber gebühdig

alles trügen, was die Regierung fordere, und die damit den einzigen Weg beschritten, der in eine neue Zukunft führe. Den Sozialisten sei der Gedanke einer Volksgemeinschaft geistlos geworden. Die Regierung habe vor- ausgehen, was überhaupt vorgehen werden konnte. Außer- dem habe Brüning

in der Außenpolitik entscheidende Wandlungen eingeleitet. Nicht Maßregeln sollen gehalten werden oder Welt im Einklang zu befinden werden, sondern die Welt wendet sich nur

unter den Sünden derjenigen, die zugreifen. Auch der Abg. Waltrusch (Völkernat.) bezeichnet es als eine ungeheure Verleumdung, wenn die in Sarzbürg vereinigten Gruppen alle anderen Deutschen als weniger oder gar nicht national bezeichnen. Der gegen die Arbeiterfront regieren wolle, werde

eine Einheitsfront der Arbeiter

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich bezeichnet es als das Kernproblem, den Arbeitslosen wieder Beschäftigung zu verschaffen. Das ist aber, so erklärt er, nicht möglich mit den Mitteln städtischer Neubauten, sondern es kommt darauf an, die Städte auf's Land umzufriedeln. Der Minister tritt dann den zahlungs- mäßigen Anträgen entgegen, mit denen Dr. Oberjohann seine Angriffe gegen die Steuerpolitik der Regierung unter- stützt hat. Die Voraussetzungen der Regierung über das Steuerabkommen sind allerdings durch die Zwischenfälle nicht be- stätigt worden. Beim Einsetzen der Krise im Frühjahr hat kein Mensch in der ganzen Welt die Entwicklung in ihrem ganzen Umfang voraussehen können. Das Auskommen aus der Einkommenssteuer ist

um eine volle Milliarde zurückgegangen. Die deutschnationalen Anträge über die Höhe der deutschen Schulden sind unrichtig und können sich schädlich für Deutschland werden. Der Minister setzte sich sodann mit den einzelnen Stellen der Schacht-Rede auseinander. (Jurale von den National- sozialisten: Die Rede ist nicht sehr unangenehm.) Ja, sie lie- gen mir im Interesse der deutschen Volkswirtschaft. Ich kann die schärften Worte, mit denen ich am Montag die Aus- führungen Schachts verurteilt habe, heute nur in vollem Um- fange wiederholen.

Das Echo der Bundestagsrede ist, welche Gefahr dadurch drohte. Man behauptet, wir hätten den Internationalismus zur Grundlage der Staats- regierung gemacht. Wir treiben nur deutsche Politik. (Gelächter rechts, Bravo links und in der Mitte.) Die großen Fragen der heutigen Zeit können nicht auf heute und morgen gelöst werden. Aber Politik im größeren Raum macht (stürmische Jurale rechts: Das sind Ziele), handelt nicht in nationalem Sinne (Beifall bei den Regierungsparteien).

Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Hindenburg übernimmt den Vorkiss. In den Beratungen der Reichsregierung mit der Wirtschaft. Reichspräsident von Hindenburg um Dienstag an den Reichstagen ein Schreiben gerichtet, indem er sich bereit erklärt, an den gemeinsamen Sitzungen der Reichs- regierung und der Wirtschaftsvertreter den Vorsitz zu übernehmen, soweit allgemeine, grundlegende Fragen zur Erörterung kommen.

Wirtschaftsbeitrag der Reichsregierung. In seinem Schreiben an Reichstanzler Brüning erklärt Reichspräsident von Hindenburg u. a.: In tatkräftiger Fortführung bereits getroffener Maßnahmen müssen grund- legende Entschlüsse gefaßt werden, um die Arbeitslosigkeit zu mindern, die Produktionskosten zu verringern und die Lebenshaltungskosten herabzusetzen. Es erscheint mir geboten, zur abschließenden Begutachtung dieser für unser Volk lebenswichtigen Fragen einen kleinen Kreis führender Sachverständiger aus den verschiedenen Zweigen des wirtschaftlichen Lebens, aus Vertretern der Arbeitnehmer, als

Wirtschaftsbeitrag der Reichsregierung einzusetzen, der mit mir zusammen das gesamte Gebiet der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme berät, mit dem Ziele, zu einheitlichen Vorschlägen zu gelangen. Der Reichstanzler erklärte in seiner Antwort, er wolle mit aller Beschleunigung Vorschläge geeigneter Persönlich- keiten unterbreiten, mit der Bitte, sie alsbald in den Wirtschaftsbeitrag der Reichsregierung berufen zu wollen, und schloß:

Mit besonderem Danke beehrte ich Ihre Entschlie- dung, daß Sie das große Vertrauen, das Ihre Persön- lichkeit in allen Schichten des deutschen Volkes genießt, einsetzen wollen für eine rasche und ergebnisreiche Durch- führung der Beratungen, und daß Sie deswegen bereit sind, in ihnen den Vorsitz zu übernehmen, soweit all- gemeine grundlegende Fragen zur Erörterung stehen werden.

Die Parteien und die Regierung. SPD lehnt die Mißtrauensanträge ab. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in einer nach Schluß der Vollziehung des Reichstages abgehaltenen Versammlung ohne Aussprache beschlossen, die gegen das Kabinett Brüning gerichteten Mißtrauensanträge ab- zulehnen. Die Mehrheit des Reichstanzlers habe seinen Anlaß geboten, die politische Lage jetzt anders zu beurteilen.

Die Antwort der Nationalsozialisten. In einer nationalsozialistischen Massenversammlung hielt Reichstagsabgeordneter Goring im Auftrag des Parteiführers Adolf Hitler eine programmatische Rede. Er teilte mit, daß die nationalsozialistische Reichstags- fraktion ebenfalls eine klare und scharf formulierte Er- klärung im Reichstag abgeben würde und wies dann in seiner Stellungnahme zu der Regierungserklärung darauf hin, daß das neue Kabinett das Vertrauen des Volkes zweifellos nicht bestimme. Der Kanzler und Staatsmann Brüning sei ein Kanzler der Irrtümer. Er habe erklärt, es müßten erst die Finanzfragen gelöst werden, bevor man über nicht um eine „Revision“ des Reparationsproblems, sondern um den Generalangriff auf Versailles mit dem Ziel, die Gleichberechtigung Deutschlands wiederherzu- stellen. Notwendig sei die finanzielle Sanierung bei der Sanierung des Charakters des deutschen Volkes.

Goring legte mit besonderem Nachdruck hervorgehobene Zusammenlegung von Wehrmacht und Polizei ein. Die Forderung der Nationalsozialisten heiße: Rück- tritt der Reichsregierung. Goring erklärte im ausdrück- lichen Auftrag Adolf Hitlers: „Die Partei wünscht die Verantwortung und ist bereit, sie zu übernehmen. Wenn der Reichspräsident ge- mäß der Verfassung uns rufen, leisten wir zur Bildung eines nationalen Kabinetts nicht nur die selbstverständ- liche Folge.“

Die Wirtschaftsfraktion will nach mit Brüning und Zugenberg verhandeln. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei wird vor ihrer Stellungnahme mit dem Reichstanzler und auch mit dem Führer der Deutschnationalen Verhandlungen führen. Die Haltung der Fraktion zur Regierung Brüning sei noch in feiner Weise abgeklärt — wie es heißt — auf jeden Fall werde aber bei den entscheidenden Abstimmungen die Fraktion geschlossen auftreten.

Das parlamentarische Schicksal des Reichskabinetts. Die Haltung der Mittelparteien im Reichstag. Die entscheidenden Abstimmungen im Reichstag über die Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett Brüning werden voraussichtlich in den späten Nachmittags- stunden des Freitags oder am Sonnabend mittag statt-

finden. Das Schicksal des Kabinetts hängt im Augenblick von der Haltung der Mittelparteien ab. Zu parla- mentarischen Kreisen vermutet man folgende Entwicklung der Dinge: Die Wirtschaftspartei wird in ihrer Mehrheit dem Kabinett seine Schwermertung machen, wird sich hauptsächlich der Abstimmung enthalten. Einige Wirtschaftsparteiler werden voraussichtlich sogar für Dr. Brüning stimmen. In Landtag scheint eine Mehrheit von etwa acht Stimmen entfallen zu sein, gegen das Kabinett zu stimmen, während die Mehrheit voraussichtlich Zustimmung über wird. Ähnlich liegen die Dinge bei der Deutschen Volkspartei. Man nimmt an, daß von der 30 Mann starken Fraktion der Deutschen Volkspartei 20 Mitglieder ihre Stimmkraft gegen die Regierung abgeben werden.

Nach alledem rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning mit einer Mehrheit von 10 bis 20 Stimmen abge- lehnt werden. Aberausnahmen sind natürlich nicht aus- geschlossen. Die endgültige Entscheidung der erörterten Fra- gungen hängt wesentlich auch von den weiteren Erklärungen der Regierung ab, die im Plenum in den nächsten Tagen er- wartet werden.

Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozia- len Volksbundes hatte eine Vernehmung über den Inhalt der Reden ihrer Führer bei der Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung. Die Beschäftigung über die Mißtrauensanträge wurde zurückgestellt, da es für die Mißtrauensanträge eine entscheidende Aussprache mit dem Reichs- tanzler erst abgewartet werden soll.

Der scheidende preussische Finanzminister. Der preussische Innenminister Seevering hat als stellvertretender Ministerpräsident den Bundes- minister Dr. Brüning über bis zur Rückkehr des zur- erückgelassenen scheidenden Reichspräsidenten Braum mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums betraut.

Das Nächtigungsgebot, das der preussische Finanzminister an den Ministerpräsidenten gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut: Der Verlauf der Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der preussischen Konstitutions- parteien hat mich davon überzeugt, daß ich auf die für meine Amtsführung erforderliche

Unterstützung der Konstitutionsparteien nicht mehr in ausreichendem Maße rechnen kann. Der Ver- lauf der Staatsministerkonferenz hat mich jedoch gezeigt, daß auch zwischen den übrigen Herren Staatsministern und mir die erforderliche

Einmütigkeit nicht mehr besteht. Außerdem ist es mir nicht gelungen, diejenige Überein- stimmung zwischen den Maßnahmen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeizu- führen, die in der heutigen Zeit notwendig wäre. Da es mir unter solchen Umständen nicht möglich ist, mein Amt erfolgreich weiter zu verwalten, trete ich von meinem Amt zurück.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Braum hat Dr. Höpfer-Mösch für seine langjährigen Dienste auf seinem verantwortungsvollen Posten seinen aufrichtigen Dank ausgesprochen.

Miðtrauensanträge im Preuss. Landtag. Nach der Sommerpause. 22. Sitzung. 11. Berlin, 13. Oktober. Der Preussische Landtag trat zu seiner ersten Vollziehung nach der Sommerpause zusammen. Der Sitzungsbuchstabe wird voraussichtlich etwa acht bis zehn Tage dauern. Entgegen den ursprünglichen Wünschen be- grüßte der Landtag bereits heute mit der vorerwähnten von Anträgen und Anfragen zugrunde liegt. Ein Mittel- punkt dieser Aussprache seien die deutschnationalen und kommunistischen Mißtrauensanträge gegen die preussische Gesamtregierung sowie die weiteren kommuni- stischen Mißtrauensanträge gegen den Minister des Innern und den Kultusminister.

In ähnlicher Weise wie im Reichstagsgebäude wurden auch im Preussischen Landtag polizeiliche Ab- sperren vorgenommen.

Sitzungsbericht. Reichspräsident Dr. von Brüning (Zm.) eröffnete die Sitzung an Stelle des durch Krankheit verhinderten Präsidenten Par- tels. Haus und Tribünen waren fast besetzt. Das Haus begann hierauf die gemeinsame Beratung der Mißtrauensanträge gegen das Staatsministerium sowie gegen den Innenminister und Kultusminister. Regierung und der übrigen Anträge zur Politik der preussischen Staats- regierung.

Als dieser Punkt der Tagesordnung aufgerufen wird, ruft Abg. Kalber (Komm.): „Nieder mit der preussischen Volksregierung! Die Kommunisten erheben sich und stimmen dreimal in den Ruf „Nieder!“ ein.“

Auf der Regierungsbank hat Innenminister Seevering eine Rede gehalten. Er begründet den deutschnationalen Mißtrauensantrag gegen die Gesamtregierung. Er erklärt u. a.: In dem gefunden Kern des preussischen Volkes herrscht ernste Sorge über das veranwortungsvolle Schicksal Braum. Der Red- ner verteidigt folgende Erklärung: „In Übereinstimmung mit den Sarzbürger Willenserklärungen der Nationalen Opposition fordert die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtages die

sofortige Auflösung dieses Landtages, dessen Zusammenlegung sehr langsam nicht mehr der politischen Entwicklung der preussischen Völkler entspricht. Gleichzeitig fordern wir den sofortigen

Rücktritt des gegenwärtigen Gesamtministeriums auf Grund des allgemeinen tiefen Mißtrauens, das ihm aus allen Teilen Preussens von einer überwältigenden Mehrheit — auch aus Wählerkreisen, die einst hinter den totalitären Re- gierungsparteien standen — in heiligem Stillsitzen entgegen- gebracht wird.“

Abg. Kalber (Komm.) nennt in Begründung des kommuni- stischen Mißtrauensantrages die Regierung als machtlos und als Wählerkreise, die einst hinter den totalitären Re- gierungsparteien standen — in heiligem Stillsitzen entgegen- gebracht wird.“

Abg. Dr. Hüßig (DVP.) begründet die Anfrage seiner Fraktion über die Freistellung der Beamten

aus Anlaß des Volksgehens und Volkseifers wegen der Landtagsaufstellung. Die Volkspartei fordert die Verlegung der Abgeordneten und ihre Nachprüfung durch den Landtag. Wir lehnen diese Maßnahmen an sich in der jetzigen Zeit nicht ab, aber die Abgeordneten sind die arbeitslose Bevölkerung Ungarns, insbesondere gegen die Lehrer, die in die hohle Schale der Minister überführt werden. Sie hat es doch getan, Angehörig der Nationalisten, die die Verlegung zur Folge hat, fordern nur ihre Verlegung und Änderung.

Hierauf beantragte Abg. Dr. Bohner (Staatsp.) den Antrag seiner Freunde auf Herabsetzung der Altersgrenze der Abgeordneten auf 40 Jahre. Zur Änderung der Vor der Jugend solle man den Beamten und Schreibern schon mit der Erreichung des 60. Lebensjahres den freiwilligen Abtritt in den Ruhestand ermöglichen. Der Redner empfiehlt zum Schluß noch für den Antrag seiner Fraktion, die Vermögensansammlungsfrage mit dem früheren

und mit den Landesherren einer Revision zu unterziehen. Hierauf verlas das Haus sich auf Mittwoch 12 Uhr, um die allgemeine Ansprache zu den Anträgen und Anträgen zu beginnen. Vorher Wahl des Dritten Vizepräsidenten.

Um die Notverordnungen in Preußen.

Dr. Böhm Dritter Vizepräsident.
(20. Sitzung.)
Am Freitag den 14. Oktober.
Im Reichstagen stand auf der Tagesordnung zunächst die Wahl des Dritten Vizepräsidenten, die durch die Wahlprüfungskommission des Abg. von Cunen (D. Sp.) erforderlich geworden ist. Gemäßt wurde Abg. Dr. Böhm (D. Sp.), der 280 Stimmen erhielt.

Das Haus beginnt hierauf die politische Aussprache, in deren Mittelpunkt die Ministeranträge der Deutschen und der Kommunisten gegen das Staatsministerium stehen. Die Regierung ist durch den Minister des Innern, Severing, vertreten.

Abg. Dr. Böhm (D. Sp.) wirft der Regierung und den Koalitionsparteien vor, daß sie die Verfassung nicht beachten. Auch die preussische Notverordnung ist verfassungswidrig. Preußen müsse unter allen Umständen bestehen bleiben.

Die Deutschnationalen erziehen die Wiederherstellung der Reichseinheit. Die letzten verlangen, daß der Redner Namen nennen solle und rufen ihm schließlich zu: „Sie sind ein Verleumder.“ Dann verlassen die Deutschnationalen und ein Teil der Volkspartei unter Proteststimmgebungen den Saal. Die preussische Regierung habe recht, wenn sie Beamte zur Reichswehr ziehe, die die Verfassung als Volkseid betrachten hätten, daß sie im Dritten Reich mit der Partei nicht wollten.

Abg. Baumhoff (D. Sp.) werdet sich bewegen, daß gewisse Leute in Kurstautambolen nach Bad Harzburg gefahren seien. Der Weg zur Befreiung von der deutschen Rat werde eher mit Drilling zum Ziele führen als mit Eugenbera und Hitler.

Der Redner macht auf die Behauptung desentrums aufmerksam, daß die Notverordnungen nicht beruhten seien. Minister des Innern, Severing,

ergreift hierauf das Wort, um sich zunächst mit den deutschen Nationalen auseinanderzusetzen. Er verweist bei ihnen eine Stellungnahme zu den dringenden Problemen der Gegenwart. Insbesondere haben er von den deutschnationalen nicht gehört, wie sie die bevorstehende große Aufgabe lösen wollten, das Volk in diesem Winter

vor dem Hungern und Frieren zu schützen. Der Minister dankt dann dem bisherigen Finanzminister Dopfer-Wachhoff, daß er in schwierigen Zeiten dazu beigetragen habe, Preußens Finanzen in Ordnung zu halten, und damit die wichtigste Voraussetzung für das Gelingen des preussischen Staates zu schaffen. Was die preussischen Notverordnungen anlangt, so würde auch er, wenn er als Minister sprechen würde, Änderungen von Einzelbestimmungen vorschlagen. Da aber Preußen für 1931 einen Reichsbeitrag von 204 Millionen und die Gemeinden einen solchen von 500 Millionen hätten, hätte dafür gefordert werden müssen, daß die Erwerbslosen und zahlreichen Arbeitslosen nicht zu hungern und zu frieren bräuen. Die Regierung bedauert, daß die Notverordnungen unbefristet

erlassen seien, aber es wüßte niemand, wie lange der Notstand andauere.

Wie Matuschka Eisenbahnverbrecher „probte“.

Besitzt der Attentäter weitere Sprengstoffe?

Kriminalisten dreier Staaten Deutschlands, Ungarns und Österreichs — sind in Wien versammelt, um den Eisenbahnattentäter Matuschka zu verhören. Noch bleibt vieles rätselhaft an diesem Manne. Noch weiß man nicht, ob die Attentate allein oder in Gemeinschaft mit anderen begangen hat, noch weiß man vor allem nicht, was ihn zu den Attentaten getrieben haben könnte. Daß er die Anschläge verübt habe, um die in Kärnten gefangenen Eisenbahnzüge zu befreien, will man nach allem, was man von Matuschka weiß, nicht recht glauben. Viele meinen — und die meisten der Wahrscheinlichsten am nächsten kommen —, daß er aus dunklen verbrecherischen Trieben heraus gehandelt haben könnte, aus einer Lust nach Sensation, um von sich reden zu machen und die Welt in Angst und Schrecken zu versetzen. So hat er in allen Einzelheiten der Verbrechen, die er im Dezember 1928 in Wien beging, in Brno, in Eperjes, der als ein Weltwunder galt, in Brana geschickt, um seinen Namen auf die Nachwelt zu bringen.

Die Kriminalisten sind der Meinung, daß Matuschka seine Verbrechen gewissermaßen von kleineren zu größeren steigerte, um schließlich, wie seine Sprengstoffe wirkten. Der Schaulaps der ersten beiden Attentate, die dem Wien-Passauer Zug galten, war Kienengabach, dann folgte

Hüterdog und Via Torbogy.

Matuschka begann damit, daß er „Sindernisse“ auf die Schienen legte. Als er sah, daß diese Sindernisse von den Lokomotiven weggeschafft wurden, begann er, die Sindernisse

zu beseitigen. Damit erft kam die Verwendung von Sprengstoffen. Die Probe wurde in Züerbog gemacht. Da auch hier keine große Katastrophe brachte, ging Matuschka nach Ungarn, um dort mit größeren Mitteln den größeren, den ganz großen Schlag zu tun. Dieser ist ihm leider gelungen. Man nimmt an, daß der Verbrecher auch heute noch Sprengstoffe

besitzt, ja daß er sogar über fertige Bomben verfügt, und daß er je irgendwo versteckt hat. Von großem Interesse ist die Frage, wo Matuschka, falls er wirklich der Verbrecher sein sollte, abgeurteilt werden soll. Dinge es nach dem Zeitpunkt der einzelnen Attentate, so müßte er zuerst in Österreich,

dann in Deutschland und zuletzt in Ungarn vor Gericht gestellt werden. Käme aber die Schwere der Verbrechen als ausschlaggebend in Frage, so würde das erste Urteil in Ungarn gefällt werden müssen, und dann würden die beiden anderen Länder Matuschka wohl nie mehr zu sehen bekommen, da ihn die Ungarn als 25fachen Mörder hinhängen würden. Da die Nachricht, daß Deutschland zugunsten Ungarns auf die Auslieferung des Attentäters verzichtet werden, richtig ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen.

Die Angehörigen kennen den Ungarn als Täter. Matuschka scheint an allen drei Eisenbahnattentaten der jüngsten Wochen beteiligt gewesen zu sein, in Deutschland bei Züerbog, in Ungarn bei Via Torbogy und auch beim ersten der Serie, beim österreichischen Eisenbahnanschlag bei Anzbad. Der Wiener Polizeipräsident Doktor Brandt teilte mit, daß bei der Gegenüberstellung Matuschka mit den Zeugen des Anzbad Attentats alle vier Zeugen übereinstimmend erklärt hätten, daß sie in Matuschka den Attentäter von Anzbad wiederzuerkennen glaubten. Matuschka selbst leugnet noch die Tat.

Was das Attentat von Züerbog betrifft, lägen gegenüber Matuschka bereits zahlreiche schwerwiegende Indizien vor. Matuschka werde sich zunächst wegen des misglückten Anzbad in Anzbad vor einem Schlichtergericht zu verantworten haben. Dann würde die Aburteilung in Deutschland erfolgen. Ein Prozess in Anzbad würde dann nur noch prinzipieller Natur sein, da Matuschka in Deutschland wohl zu lebenslänglicher Kerker verurteilt werden dürfte. Für den Fall, daß Matuschka zuerst in Budapest vor Gericht käme, würde ein Prozess im Deutschen Reich nicht stattfinden, da Matuschka als ungarischer Staatsbürger von den ungarischen Behörden nicht ausgeliefert werden könne.

Der Eisenbahnattentäter.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

Ungarn beantragt Auslieferung Matuschka.

Die Frage wird bereits viel besprochen, ob Österreich den Attentäter Matuschka an Ungarn oder an Deutschland ausliefern wird. Das ungarische Auslieferungsgesetz ist bereits am Dienstag nach Wien abgehandelt worden.

um ein schönes, tiefes Gefühl in uns aufzurufen oder nach zu erhalten: die Liebe zum Tier, die ja oft der Grabmeister der Liebe zum Menschen ist.

Annaburg. Unter der Schweineherde des Landwirtschaftlichen Vereins Pretlin, die in der Annaburger Seide unter Aufsicht der Forstverwaltung aufgezogen war, ist, wie wir bereits berichtet haben, die Schweinepest ausgebrochen. Auf veterinärpolizeiliche Anordnung durften die Tiere ihrer Besitzer nicht wieder zurückgegeben werden. Von der Forstverwaltung war die Herde gegen Seuche bei einer norddeutschen Viehverversicherungs-Gesellschaft versichert. Aus unbegründeten Gründen lehnte aber die betreffende Versicherungsgesellschaft eine Schadensregulierung ab. Durch diese unbegründete Ablehnung waren kleine und kleinste landwirtschaftliche Besitzer auf das Empfindlichste geschädigt worden, wenn sich nicht die Forstverwaltung bereit erklärt hätte, von sich aus eine Regulierung vorzunehmen. Zwecks Abschätzung des Schadens wurde eine Kommission bestellt, die im Laufe der vergangenen Woche ihre Arbeiten erledigt hat. Die 280 Stück große Herde stellt sich zusammen aus: 100 Kälbern, 40 hochtragenden Sauen, 19 Mutterfauen mit 120 Ferkeln und 1 Fuchhaber.

Torgau. Der Fiskus nahm am Dienstag, von höchstem Wetter begünstigt, seinen Anfang. Schon am Vormittag hatten sich zahlreiche Käufer eingefunden; denn ein Fiskus-Auktion gebrät aus Extradition in langen Tagen in den Kofhof. Die Fiskus leihen mit großen Fängen heim und die Kaufenden hatten einen ganz respektablen Absatz zu verzeichnen. Für Karren und Hechte wurden 90 Pf. je Pfund und für Schiffe 1.20 Pf. gefordert, Preise, die wesentlich niedriger sind als diejenigen des Vorjahres. Auch Händler aus auswärts, besonders von Leipzig, waren erschienen, um die üblichen Abschlüsse — wenn auch diesmal zögernd — zu tätigen. Der Ertrag des Fiskuswerts wird in diesem Jahre als besonders gut bezeichnet, obwohl die Fütterung teuer nicht in so großen Mengen wie früher erfolgt ist.

Löben, 13. Oktober. (Der Brief an den Regierungspräsidenten.) In der Wahl der Mittel, sich mit ihren Wünschen durchzusetzen, ergreift sich die verwitwete E. W. von hier. Die Frau glaubte, daß der Gemeindevorsteher sie bei allen möglichen Gelegenheiten benachteiligte, vor allem in der Bearbeitung von Unterhaltungsanträgen usw., und so habe einen abgrundtiefen Haß gegen den Mann. Aus dieser Stimmung heraus schrieb sie eines Tages an den Regierungspräsidenten einen Brief, in dem sie behauptete, daß der Gemeindevorsteher sich Unvorsorlichkeiten habe zuschulden kommen lassen. Der Vertreter der Anlagebehörde beantragte gegen Frau W. drei Monate Gefängnis, wofür wegen des Torgauer Kleine Schöffengericht wegen wissenschaftlicher Anschuldigung auf sechs Wochen Gefängnis erkannte.

Schweinitz. Dem Wittenberger Amtsgericht wurde der 44jährige Büchsenmacher Carl St. aus Wartenburg a. d. E. aus der Unterjuchungshaft vorgeführt. Ihm wurde zur Last gelegt, am 8. Dezember vorigen Jahres gemeinschaftlich mit dem bereits abgeurteilten Arbeiter B. aus Schweinitz, in einem Hauje wo sie bettelten, ein der Witwe Emma Schulte gehöriges Portemonnaie mit 10 Mark Inhalt entwendet zu haben. Der Angeklagte gab die Tat zu. Das Urteil lautete auf eine Woche Gefängnis. Ferner war derselbe Angeklagte beschuldigt, am 16. Dezember 1930 in Elster gebettelt und bei dem Kaufmann Rieger 3 Tafeln Schokolade entwendet zu haben. Das Gericht erkannte im ersten Falle wegen Verjährung und im zweiten Falle wegen Wundraubes und wegen Fehlens des Strafanzuges auf Einstellung des Verfahrens.

Jessen, 13. Oktober. (Der neue Bürgermeister gewählt.) Nachdem die Stadt Jessen lange Zeit ohne Bürgermeister gewesen ist, hat eine außerordentliche Stadteordnetenversammlung gestern Abend die Wahl des neuen Bürgermeisters vorgenommen. Von den drei zur engeren Wahl gestellten Kandidaten Borchers, Wenkes und Dr. Drems wurde durch Stimmzettel einstimmig Dr. Georg Drems aus Gräfenhainichen auf 12 Jahre gewählt. Dr. Drems tritt sein Amt als Bürgermeister der Stadt Jessen am 1. Januar 1932 an.

Gorsdorf. (Fischdiebstahl.) In der vorwegangenen Nacht wurden dem Fischhändler Meier etwa 18 Pfund Hechte gestohlen. Der Dieb ist mit großer Sachkenntnis vorgegangen. Er hat den Fischkasten geöffnet, sich um die darin befindlichen Fische gar nicht gekümmert und nur die Hechte herausgenommen. Man verfolgt bereits eine bestimmte Spur.

Breslau, 13. Oktober. Bei den Vins-Hoffmann-Brotwerken in Breslau sind etwa 1800 Arbeiter in einen Proteststreik gegen die beabsichtigte teilweise Herabsetzung der Arbeitsüberdienste bzw. der Leistungszulagen getreten.

Kino-Schau.

Lichtspielhaus (Neue Welt) Auf das morgen Freitag und Sonntag zur Vorführung kommende Doppelprogramm „Junge Generation“ (Ehre Vater und Mutter) sowie „Der Ritter von Texas“ mit Ken Maynard in der Titelrolle sei auch hier hingewiesen. Ein Spielplan, der alle Vorgänge einiger unterhaltender Stunden in sich vereinigt und nicht unbedeutend gelassen werden sollte. Auf die am Sonntag nachm. 3 Uhr stattfindende Kinderoperstellung sei noch ganz besonders hingewiesen.

Räte Hofenroh, Dst, Katechismus zum Selbstunterricht. Kart. 1.25 RM, Verlag Paul Schöner, Grimma. Das Schönerchen zu verbessern, ist das Ziel der Selbst-Methode, zu deren Anwendung diese genannte kleine Schrift anleitet.

Markt-Kalender.

16. Oktbr.: Stammmarkt in Seyda.

Dietrich gegen Schacht.

Der Reichsfinanzminister über die Reichsfinanzen. Reichsfinanzminister Dietrich nahm vor Pressevertretern gegen vertriebene Ausführungen Zielung, die der Reichsbankepräsident a. D. Dr. Schacht in Bad Harzburg gemacht hatte. Er wandte sich zunächst gegen die Erklärung Schachts, daß Deutschland eine Währungsreform habe, die nicht mehr dem regulären Warenverkehr diene, sondern nur noch dazu, die Illiquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu beseitigen.

Diese Erklärung Schachts bezeichnete Dietrich mit aller Schärfe als unrichtig. Die Reichsbank sei der öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere dem Reich, niemals zu Hilfe gekommen. Das Reich habe seinen Vermögensstand bei der Reichsbank geborgt. Dies sei auch allgemein bekannt. Um die Illiquidität der Dresdener Bank, der Danabank, der Sparkassen und anderer Banken zu beheben, sei ja die Akzeptbank mit einem Aktienkapital von 200 Millionen Mark gegründet worden. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Finanzwirtschaft des Reiches nicht so schlecht sein könne, wie das Schacht dargestellt habe, da das Reich 287 Millionen Mark schwedische Schulden allein bis zum 1. Oktober bereits zurückgezahlt habe.

Die Ausföhrung Schachts, daß der Reichsfinanzminister nicht zu sagen wisse, wovon die öffentliche Hand die nächsten Monate und Wochen weiterleben solle, sei unverantwortlich. Der Reichsfinanzminister wisse sehr wohl, wozu er weiterkommen solle. Schwierigkeiten befänden allein bei den Gemeinden. Diese würden in der Öffentlichkeit weit übertrieben, zumal von den insgesamt etwa 55 000 Gemeinden nur bei 2000 bis 3000 Schwierigkeiten beständen. Es sei im übrigen festzustellen, daß eine ganze Reihe von Gemeinden, die für den 1. Oktober das Reich um Unterstützung ersucht hätten, auch ohne diese Unterstützung ihren Verpflichtungen am 1. Oktober pünktlich nachkommen seien. Zu der Erklärung Schachts, daß die auswärtige Verschuldung Deutschlands wesentlich höher als im Vafeler Bericht angegeben sei, wies der Reichsfinanzminister darauf hin, daß es sich bei den Auslandsverschuldungen der deutschen Privatwirtschaft um außerordentlich schwierige Verhältnisse handele, die noch nicht abgeschlossen seien. Da Schacht bis vor einhalb Jahren noch Reichsbankepräsident gewesen sei, so wäre es seine Aufgabe gewesen, die Höhe der deutschen Auslandsverschuldung zu unterrichten. Die Verschuldung (vor allem die kurzfristige) sei tatsächlich höher, als die Reichsregierung und die Reichsbank bisher angenommen hätten. Es sei deshalb durch Weitererörterung aufgedeckt worden, die Auslandschulden anzugeben.

Zu der Ausföhrung Schachts, man sage nicht, daß das Reichsbankeportefeuille nur noch zu einem Bruchteil aus reichsbankefähigen Wechseln bestehe, und daß man in die Verrechnung der Golddeckung einige 100 Millionen geliebene Devisen einbeziehe, die in Kürze fällig seien, erklärte Dietrich, daß die Devisenlage der Reichsbank in einem sehr schlechten Zustand sei. Der Reichsbankepräsident habe regelmäßig die Angaben über die Diskontierung der Wechsel entlassen. Abschließend wandte sich Dietrich gegen die Pervertität, die in der Reddierung herrsche. Zu einer solchen Pervertität liege nicht der mindeste Anlaß vor, da Deutschland einen vberflus an wichtigen Verbrauchsmitteln (Wein, Fleisch, Kohle, Zucker usw.) habe, die ausreichen, um das Volk bis ins nächste Jahr zu versorgen. Er behaupte im übrigen, daß er gezwungen sei, gegen Dr. Schacht eine derartige Erklärung abgeben zu müssen, mit dem er jahrelang in diesem Einbernehmen zusammengearbeitet habe.

Was die Reichsbank erklärt.

Die Reichsbank teilt zu den Ausführungen Schachts mit, daß die in der Rede erwähnten Dinge, soweit sie den Tatsachen entsprächen, der Öffentlichkeit niemals vorenthalten worden seien.

Die Inanspruchnahme eines Reichtumsbeitrages zur Auffüllung des Gold- und Devisenbestandes entspreche der internationalen Übung gegenseitiger Unterstützung seitens der Notenbanken. Die Überprüfung der Auslandsverpflichtung sei zwar noch nicht ganz abgeschlossen, habe aber tatsächlich etwas höhere Zahlen ergeben. Die Reichsbank weist weiter darauf hin, daß der Öffentlichkeit ebenfalls bekannt sei, daß ein Teil der Wechsel der Reichsbankportefeuilles Finanzwechsel und nicht Warenwechsel sei. Diese Finanzwechsel würden sich automatisch vermehren, sobald die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nach Überwindung der augenblicklichen Wirtschaftskrise sich wieder erhöht habe.

Was Dr. Schacht sagt.

Reichsbankepräsident a. D. Dr. Schacht äußerte sich diesen Ausführungen gegenüber, daß diese Ausführungen der Reichsbank im Grunde ja nur das gleiche belegen, was er in Harzburg ausgeführt habe. Die Aufregung, die seine Rede vielfach hervorgerufen habe, sei ihm völlig unverständlich.

Die Pensionsfürzung durch Notverordnung.

Zu der vielbesprochenen Frage der Pensionsmäßigkeit der Bestimmung in der Notverordnung vom 6. Oktober über die Kürzung der Pensionen wird von zuständiger Seite erklärt: Es ist zuzugeden, daß der Entwurf des Pensionsgesetzes, dessen Bestimmungen in die Notverordnung übernommen worden sind, seinerzeit als verfassungsgemäß erklärt worden ist. Der Schlüsselpunkt ist der Artikel 129 der Reichsverfassung, der von den wobl erworbenen Rechten der Beamten handelt. Die Frage ist nun, ob diese wobl erworbenen Rechte auf eine ziffernmäßige Gehaltshöhe bezogen oder auf die Gesamtheit des Berufsbeamtentums als solchem. Im Schrifttum, aber auch in einem Spruch des Reichsfinanzhofes vom Anfang dieses Jahres habe sich die letztere Auffassung durchgesetzt. Ohne die Streitsfrage zu entscheiden, habe die Reichsregierung geglaubt, schon jetzt in der Notverordnung die Frage praktisch regeln zu sollen, wobl notfalls die endgültige Entscheidung dem Reichsgericht zu überlassen wäre.

Dingeldey in Breslau.

Der Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, sprach vor Vertrauensleuten der drei schlesischen Wahlkreise über die politische Lage. Er sei ein entschlossener Gegner einer Politik, die darauf abgezielt sei, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Das, was das Volk wieder in normale Bahnen bringen könne, der nationale und soziale Schismus, könne nicht mit der Sozialdemokratie erreicht werden. Die nationale Opposition müsse die Front der Verantwortung. Die Durchführung der Tagung könne von entscheidender Bedeutung sein. Wenn die Partei heute einmütig Brünning die Gefolgshaft verweigere, so erkläre sie sich bereit zu einem Zusammenstoß mit der Nationalen Opposition auf der Grundlage gegenseitiger Achtung vor dem Wesen beider, die den Bündnisvertrag schließen wollen, gegenseitige Achtung auf dem Boden staatspolitischer Verantwortung. Wirtschaftspolitisch sei das Grundlage die Anerkennung der Privatwirtschaft zu betrachten. Es sei die Mission der Volkspartei, eine Brücke zu schlagen zwischen den zerstückelten Volksteilen. Wenn sie diese Mission erfülle, so bleibe sie damit ihren alten Grundbänden treu.

Konferenz der Spitzengewerkschaften.

Zür Sicherung der Lohn- und Sozialpolitik. Die Spitzengewerkschaften aller Nütigungen traten in Berlin zu einer Besprechung zusammen. Wie der Deutsche Gewerkschaftsbund mitteilt, galt die Besprechung in erster Linie der Wöhrer der Gefahren, die insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden seien. Über das erste Ergebnis der Besprechungen wird, wie der Gewerkschaftliche Pressebericht mitteilt, folgende Erklärung veröffentlicht: „Die Spitzengewerkschaften aller Nütigungen einschließlich der Beamteneverbände kamen am Montag zu einer Besprechung der Wöhrer der Gefahren, die durch die Umkreisung der Reaktion, insbesondere für die Lohn- und Sozialpolitik entstanden sind. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“

Wie der Gewerkschaftliche Pressebericht weiter mitteilt, haben sich der Deutsche Beamtenebund und der Allgemeine Deutsche Beamtenebund der Erklärung, die die Spitzengewerkschaften gegen das Manifest der Wirtschaft abgegeben haben, angeschlossen.

Das Lübecker Säuglingssterben vor Gericht.

Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten.

In der zum Gerichtsfall umgewandelten Saupfandhülle in Lübeck begann der mit großer Spannung erwartete Prozeß wegen des Lübecker Säuglingssterbens, das durch „Fütterung“ von Säuglingen mit dem Galmetei-Gewürzbasillus — zum Schutz gegen Zuberholse — verursacht worden sein soll. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung und fahrlässige Körperverletzung und richtet sich gegen vier Personen: den Zuberholseforscher Prof. Dr. Dr. Schacht, den Leiter des Lübecker Kinderhospitals Prof. Dr. Klug, den Leiter des Lübecker Gesundheitsamtes, Obermedizinalr. Althaus und die Krankenschwester Anna Schulze. Da der Prozeß auf Grund der letzten Notverordnung nicht vor dem Großen Schöffengericht, sondern vor der Strafkammer stattfindet, sind bis das Gericht aus drei Juristen und zwei Beisitzern zusammen. Sechs Anwälte vertreten über 250 als Nebenkläger zugelassene Eltern, die durch die Erkrankung ihrer Kinder schwer betroffen sind. Einer dieser Elternvertreter ist der aus vielen Strafprozessen bekannte Berliner Anwalt Dr. Frey. Ein anderer bekannter Berliner Rechtsanwalt, Prof. Dr. Alsbach, vertritt einen der Angeklagten.

Es hat das Gericht aufnahm?

Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses unternahm einer der Reichsvertreter der Eltern, Reichsanwalt Dr. Wittern-Lübeck, einen Vorstoß gegen die Zuständigkeit des Gerichts. Er beschaffte sich mit dem durch die Notverordnung geschaffenen Zustand, der nur eine einzige Tatbestandshandlung bringe und der Prozessarten nicht den Einfluß zuzuföhre, der ihnen gesetzlich zustehe. Dann sprach er von der Möglichkeit, daß durch Reichstagsbeschlüsse die Notverordnung aufgehoben werden könne, und wies auf die rechtlichen Folgen hin, die dadurch entstehen könnten. Dr. Wittern stellte schließlich den Antrag: das Gericht möge prüfen, ob es so, wie es erschienen sei, der gesetzliche Richter sei, dem sich die Angeklagten nicht entziehen dürften.

Zusammenfassung Alsbach-Frey.

Reichsanwalt Frey befahte sich ebenfalls mit der Unzuständigkeit der Notverordnung, soweit sie die Rechtsprechung betreffe. Man könne niemals das Grundrecht der Verfassung außer Kraft setzen, nach deren Bestimmung niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden könne. Ausnahmegericht seien unzulässig. Er sehe nicht an, zu erklären, daß man sich hier vor einem Ausnahmegericht befinde. Der Antrag Dr. Wittern

Die goldene Brücke

Man aus der Wiedererzeit von Annu Wöhe. 10. Fortsetzung. Oberhard löste sanft die Fingerringe von seinem Finger. Ganz zart und behutsam küßte er Dorchens reine weiße Stirnchen, als er tief und feierlich zu ihr sprach: „Weißt du, wie ich dich liebe, wie ich dich verehere, wie ich dich frömm und gut. Dorchens, vergiß nicht, daß wenn wir auch Tausende von Meilen voneinander getrennt sind, es doch eine goldene Brücke gibt, aus Sehnsucht und Erinnerungen gebildet, die alle Seelen voneinander führt. Weißt du noch, wie dein Mütterlein von der goldnen Brücke erzählte?“ „Daran will ich immer denken“, beteuerte Dorchens, die kleine Hand fest auf die junge Brust gepreßt. „Die goldene Brücke reicht weit über das Meer, nicht wahr, Oberhard, bis in den Himmel hinein.“ „Bis in den Himmel hinein“, wiederholte Oberhard verstonen. „Weber wollte sich Dorchens, der jetzt schwere Tränen über die Wangen flossen, in seine Arme werfen, da machte ein lauter Ruf dieses: „Na, nun ist er aber genug!“ diesem Schicksal, der ein paar junge Menschenherzen fast zerbrechen sollte, ein jähres Ende. Mit trübseligem Hand zwang sie Dorchens dem Hause zu und ihre harte und doch so beruhigende Stimme flang zurück zu dem veronnenen Jüngling, der unter dem Blüthenrad der Apfelbäume stand und der weinenden Kinderstimme lauschte, die ihm ein letztes Bewohl durch den Garten zurief. „Nun war es ganz still geworden. Nur die Nachtigall im Pfirsichbaum und die wunderbare Seele Oberhards schluchzte mit dem kleinen Vogelgeflügel um die Wette. „Jetzt war auch das Letzte und Schwerste überstanden, der Abschied von Dorchens. Des Abends lag er ihm in schimmernder Weite, das er, der ganz Zurückgekehrte, meißern sollte, um den Goldenen Tag haben zu können, der hier in dem dunklen Hause, allen verborgen,

ruhte. Er fühlte Kriechkräfte in sich und doch zitterte seine Brust in heißem Weh. Durch den frühlingssüßenden Garten strich es wie ein Traum. Weite und hoch auf Silberwellen kam die Nacht, und unter dem leuchtendenden Blüthenfenne schritt hochgehobener ein Jüngling, der ausging, zu kämpfen und zu ringen, um ein armes kleines, gemachtes Mädchen, das sich da oben in dem Giebelstübchen mit dem braunen Gehält unter Nieseln sanfter, freischnelnder Sand in den Schlaf gewent. Die Apotheke „Zum Schwan“ lag still im Mondenslicht, ernst und feierlich, wie es sich für ein solides und ehrliches Haus gebührte. Der Burche aber, der die Friedrichstraße entlang durch das Galleische Tor hinaus in die Welt zog, der schaute mit seinem Blick zurück auf die Gtätte, wo man ihm Seine hatt Brot gab. Sein Sinn eilte ihm voraus in die weite Welt, in das ferne Land, das ihm eine neue Heimat werden sollte. Eine goldene Brücke wollte er auch von dort bis hierher in die Erde bauen, und diese Brücke würde ihm dereinst tragen zu reiner Harmonie und himmelseligkeit. Trübselig, hieße Träume der jugendlichen Jugend, schöner, beidender Bahn junger Herzen, die glauben, was sie hoffen, die noch den Kampf nicht kennen, den das Leben fordert. Golde, süße, feierliche Zeit der jungen, ersten reinen Liebe sei gegrißt! Sechs Jahre später ging an einem frischen Herbstmorgen eine junge Dame eilig die Jägerstraße entlang. Sie trug eine Mantille von schwerer Seide, mit langen fransen besetzt, und einen mächtigen Seidenhut. Unter diesem Umhang ringelte sich über den kleinen Ohren eine Fülle rotgoldener Locken fest hervor, und wenn man tiefer unter den blauen Seidenhut schaute, so blühte man in ein paar strahlende, tiefgründige Wägenaugen. Diesen außerordentlichen Zeitvertrieb gönnte sich ein junger Mann in tabelliform dunkelblauem Tuchrock und hel-

len Beinkleidern, der gleichfalls die Jägerstraße — scheinbar ganz unachtsam — entlangschritt. „Wahrhaftig, Fräulein Bauer“, sagte er jetzt artig und zog tief seinen dunklen, hohen Zylinder, die sogenannte „Angsthaube“, „Ist das ein Glück, daß ich Sie einmal treffe.“ Dorothea Bauer neigte mit freundlicher Zurückhaltung das hübsche Köpfchen. „Aber, Herr von Demitz, wir haben uns doch erst vor ein paar Tagen gesehen.“ Eine leichte Rote stieg in das bartlose, etwas bleiche, vornehm gezeichnete Gesicht des etwa dreißigjährigen Mannes, als er fast schallhaft fragte: „Ist es Ihnen zu viel?“ Dorchens sah den Professor Ernst von Demitz hilflos an. Wo er nur hies herkam, wenn sie einmal allein ausging? Ganz hübsch wurde ihr zu Worte. „Erlauben Sie, Fräulein Dorothea, daß ich Sie begleite?“ Dorchens schüttelte lächelnd den Kopf. „Das würde Ihnen wenig Freude machen, Herr von Demitz. Ich will nämlich auf den Markt nach dem Dönnhoffplatz, eine Gans kaufen.“ „Belangen Sie das immer selbst?“ „Nein, meistens tut das Rote, unsere Wad“, gab Dorchens unüber zurück, denn sie hatte das Gefühl, als ob der vornehme Herr von Demitz das Ganskaufen für sie nicht als recht passend erachtete. „Bis zur „Gleichgültigen Ede“ dürfen Sie mit mir gehen.“ „Sie sind grausam, Fräulein Dorchens.“ „Warum sagt man denn eigentlich „Gleichgültige Ede?““ fragte Dorchens, um ihren Begleiter von sich abzulenken. Demitz lachte, was ihm sehr stand. „Weil auf der einen Seite „Treu u. Aufrichtig“ ihr Parfimeriegeschicht haben, wo alles Pomade ist, und auf der andern Seite der Schlichter Platz wohnt, dem natürlich alles „wurscht“ ist. Die dritte Ede zeigt das Kleidergeschicht von Lamsbergger, wo alles Jade wie Sole sein soll. Gleichgültiger kann doch wohl eine Ede nicht dreinschauen.“

(Fortsetzung folgt.)

turbe von allen Rechtsvertretern der Nebenkläger unter-
stellt.

Der Staatsanwalt Dr. Siegel hat um Ab-
nahme des Antrages, da es nicht Aufgabe des Gerichts
sei, zu prüfen, ob durch die Notverordnung des § 48 der
Reichsverfassung verletzt worden sei.

Im Namen sämtlicher Verteidiger der Angeklagten
erklärte sodann Rechtsanwalt Dr. Albers, daß
Einnahmen nur gemacht werden könnten, wenn Rechte
der Angeklagten verletzt worden seien. Das trifft hier
aber nicht zu. Rechtsanwalt Dr. Frey betonte darauf, daß
man aus den Äußerungen Albers entnehmen könne, es
komme nur darauf an, daß die Wissenschaft aus diesem
Prozeß Lehren ziehen würde. Gegen diesen Vorwurf ver-
wahrte sich Rechtsanwalt Dr. Albers entschieden.

Der Antrag der Verteidiger abgelehnt.

Nach zweifelhafter Beratung verlinkt der Vor-
sitzende die Ablehnung des Antrages, das Gericht für
unzuständig zu erklären und die Hauptverhandlung zu
veranlassen. Die Notverordnung sei in geistlicher Weise
verändert worden und ein Verstoß gegen Artikel 105 der
Reichsverfassung, der die Grundrechte betreffe, sei nicht
vor. Ein Ausnahmegericht bestimme nur dann, wenn für
einen konkreten Fall ein besonderes Gericht angeordnet
werde. Das Gericht trat dann in die eigentliche Ver-
handlung ein und verlas den Eröffnungsbescheid. Als
erster der Angeklagten wurde Obermedizinalrat Dr. Al-
bers ab vernommen.

Ein eigenartiger Kaufvorschlag.

Englische Schiffschiffte gegen amerikanischen Schuldennachschuß.
Abwicklung und Säuberung sind in Amerika angeht
des bevorstehenden Besuches Daniels und Francis
das Tagesgespräch. Es verläuft sich immer mehr der Ein-
druck, daß die amerikanische Regierung die Schuldene-
mission mit der Einschränkung der Rüstungen und
einem Flottenbaufestjahr verbinden wird.

Unsererorts ist interessant inf in diesem Zusammen-
hang ein in amerikanischen Kreisen bereits verschiedentlich
genannter Vorschlag, daß Großbritannien einen Teil
seiner Schiffschiff-Kräfte an die Vereinigten Staaten
abtreten solle, wofür Amerika seinerseits einen entsprechen-
den Schuldennachschuß gewähren werde.

Kurze politische Nachrichten.

Amlich wird mitgeteilt: Der Ministerialdirektor Dr.
Schlegelberger ist zum Staatssekretär im Reichs-
justizministerium ernannt worden.

Von der Reichstagsfraktion des Christlichso-
zialen Volksdienstes und der Volksober-
partei Vereinigung erhaltene der Vorsitzende,
Abgeordneter Simpfendorfer (Christlichsozial), einen länger
Vericht über die politische Lage. Der Abgeordnete
Lambach ist innerhalb dieser Fraktionseinstufig Mitglied
der bisher 14 Abgeordnete zählenden parlamenta-
rischen Gruppe des Christlichsozialen Volks-
dienstes geworden, die damit auch eigene Frak-
tionsstärke erreicht hat.

Im Ruffriedensamprozeß gegen Graf
Seldorf teilte der Vorsitzende des Sozialgerichtes
Gartenloberg mit, daß der Prozeß auf unbestimmte Zeit
verlagt werden müsse, da ihm und dem beklagten
Nichter genügend Zeit zur Verfügung stehen müsse, um
sich in die Akten einzuarbeiten. Die Verhandlung wurde
darauf geschoben.

Die kommunistische Fraktion hat im Preussischen Land-
tag einen Antrag an den Minister für den Minister
für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimm,
eingebracht. Der Antrag ist u. a. damit begründet, daß die
Amstätigkeit des Ministers Grimm in steigendem Maße
durch einen katastrophalen Abbau aller Schul- und Bil-
dungseinrichtungen, insbesondere der Volksschulen, ge-
temgezeichnet worden sei.

Die goldene Brücke

11. Roman aus der Wiederkehrzeit von Nany Woche

II. Fortsetzung

Dortchen wurde rot. Ernst von Dewitz hatte ihr mit
einem heißen Blick in die Augen gesehen. „Ich muß hier
über den Damm“, meinte sie schüchtern.

„Natürlich geleite ich Sie. Ich finde es sehr interessant,
über den Markt zu gehen.“

Dortchen sah ihren Begleiter zweifeln an. Er war ge-
wöhnt sich auf dem Markt inmitten aller der Söter- und
Frischweiber zu bewegen.

Der Dönschplatz war damals noch nicht gepflastert und
da es geregnet hatte, patzte man förmlich im Morast.

Ernst von Dewitz sah auch etwas bedenklich auf seine
eleganten Lackschuhe und bemerkte an seinen heißen Bein-
leiden heranzu, aber voll heldenmut fügte er sich mit
Dorothea Bauer in das Marktgewühl.

Das erste, was Dortchen unternahm, war das Dingen
einer sogenannten Kiepenfrau. Sie wurden bald handels-
einig. Für zwei gute Groschen wollte die Frau ihre Ein-
käufe nach Hause tragen.

„Hier schöne Birnen, junge Frau“, sagte er hinter Dort-
chen her. „Kaufen Sie Vorsdorfer Kiesel, drei Groschen
der ganze Rest.“

Dortchen kaufte und handelte auch, wo es not tat, wohl-
überlegt und gewissenhaft. Die Kiepe der Trägerin füllte
sich gänzlich. Ernst von Dewitz hatte das Einkauf bald
gänzlich satt. Nicht einen Blick hatte das schöne Mädchen
für ihn dabei.

„Sie sind den Gärten“, lächelte Dortchen unschuldsvoll
wie ein Lamm.

Uebellaunig schritt Dewitz an ihrer Seite über den un-
willkürlichen Platz. Da drüben standen in endlosen Reihen die
Bauernwagen aufgestellt und über die langen Kästen bei-
der Stängeln hing die Hülle der innen aufgehängelten
Gänse herab. Das sah überaus komisch aus.

Der Direktor beim Preussischen Landtag hat
vom Abgeordneten von Geyern ein Schreiben erhalten,
in dem dieser die Wiederlegung seines Mandates als
Abgeordneter der Deutschen Volkspartei mittelst. Über die
Frage seiner Nachfolgerfrage im Amt des dritten Vice-
präsidenten des Preussischen Landtages wird eine Entschlei-
dung voraussichtlich erst in der Sitzung der Landtags-
fraktion der DVP. fallen.

Die Gartenbaupolitik der Reichsregierung

Einfuhr ausländischer Gartenbaugeräthe.

Auf einer Besprechung des Reichsverbandes
des Deutschen Gartenbauvereins wurde zu der
Gartenbaupolitik der Reichsregierung
Stellung genommen. Der Vorsitzende des Pommer-
schen Landesverbandes, Gartenbaudirektor Lange, wies ein-
leitend darauf hin, daß in den letzten Jahrzehnten die
deutschen Gartenbaugeräthe nur zweimal, und zwar
während des Krieges und während der Inflationszeit,
restlos verbraucht worden seien. In den übrigen Zeit-
abschnitten und auch vor dem Kriege schon habe man aus-
ländische Gartenprodukte eingeführt, während die Ergem-
nisse des deutschen Gartenbaus

nicht verbraucht worden seien.

Die Statistik zeige, daß die Einfuhr von ausländischen
Waren eine seit der Inflation stetig steigende Kurve
darstelle. Immer wieder aber habe gerade der deutsche
Gartenbau für den Abfluß von Handelsver-
trägen gebuldet als Objekt dienen müssen. Zwar habe
der Staat im Jahre 1926 für landwirtschaftliche und
gartenbauliche Hilfsmittelmaßnahmen gefordert, auf der anderen
Seite sei dann aber leider der notwendige Schutz der aus-
ländischen Gartenprodukte durch entsprechende Ver-
nachlässigt worden. Der deutsche Gartenbau fordere des-
halb, daß die deutschen Grenzen erst dann

der Einfuhr ausländischer gartenbaulicher
Ergemnisse

geöffnet werden, wenn der Bedarf durch die eigene Pro-
duktion nicht mehr gedeckt werden könne. Wenn die
Regierung diese grundsätzliche Bedingung nicht erfülle,
dann blieben alle die durch den Plan der Reichsregierung
für den Gartenbau angelegten Seidler von Anfang an
zur Geltung des gleichen bitteren Loses verurteilt, das
vielen altbewährten Gartenbetriebern beschieden sei.

Der Vorsitzende des Kadasschiffes für Gemü-
se sprach anschließend über Gartenbau und Ziedlung.
Der deutsche Gartenbau müsse, daß bei der zunehmenden

Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

auch auf seinem Wirtschaftsbereich durchaus noch Möglich-
keiten beständen, die aber erst dann voll nutzbar gemacht
werden könnten, wenn zu einer Wiederherstellung der heute
völlig verlorengegangenen Mientabilität der gartenbaulichen
Berufstätigkeit gesritten werde.

Die Löhne der Hafenarbeiter.

Streit auf deutschen Dampfern.

Die in Hamburg eingeleiteten Verhandlungen über die
Neuregelung des Hafenarbeiterlöhnes haben zu einem Er-
gebnis bisher nicht geführt. Wahrscheinlich wird, wenn
eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden
kann, ein neuer Schiedsspruch gefällt werden.
Mit dieser Entscheidung wird auch die Lohntariffrage für
die übrigen deutschen Häfen mit geregelt.

In Liverpool träfen 100 Hafenarbeiter zugunsten
der Befragung des deutschen Dampfers „Henri Heigens“
in den Hamburger Hafen, die die Arbeit zum Prozeß gegen
die Lohnüberhebungen in Densforden niedergelegt hat.
Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und
den Kommunisten.

Die Streikfrage auf den deutschen Dampfern in den
russischen Gewässern hat sich nicht geklärt. Die
Kapitäne haben die Streikenden bisher nicht entlassen.
Eine Renantierung von Mannschaften hat nicht statt-
gefunden. Es sollen sich insgesamt 38 Dampfer im Streit
befinden.

Streit der Arbeitlosen.

Gegen Mischarbeit und Mischzahlung.

In der Stadt Bernau bei Berlin haben die
Wohlfahrtsverbände ihre Pflichtenarbeiten für
die Stadt niedergelegt, verlangen aber weiter Auszahlung
der Wohlfahrtsunterstützung. Die Stadt ist hierdurch in
eine schwierige Lage gekommen, da sie unter Umständen
vom Kreis Niederbarnim die 70prozentige Rückübertragung
der Wohlfahrtsunterstützungen nicht weiter erhält.

Weiter ist von den Arbeitlosen in Bernau in einer
Verammlung beschlossen worden, daß kein Arbeitloser
mehr Miete an seinen Hauswirt abzuführen
soll. Als Begründung erklären die Arbeitlosen und
Wohlfahrtsverbände, die Unterhaltungsfrage seien seit
dem 1. Oktober derart gering geworden, daß man von
ihnen nicht verlangen könne, davon auch noch Miete zu
zahlen und dafür Pflichtenarbeiten für die Stadt
auszuführen.

Der ungarische Eisenbahnattentäter festgenommen.

Ein Wiener Kaufmann, der Kommunist
Matuschka, unter schwerem Verdacht.

In Wien ist die auffechternde Verhaftung eines
Kaufmanns Sylvester Matuschka erfolgt, in dem einer der
Haupttäter bei dem Eisenbahnanschlag von Via-Lombard
vermietet wird.

Der ungarische Kaufmann Sylvester Matuschka gab
vor, in der Hauptstadt von Via-Lombard einer der
Passagiere gewesen zu sein. Er meinte sich bei der
Retungssituation, um man seinen Namen aufschrieb und
feststellte, daß er lediglich Schürhaken im Gesicht und im
Nacken erlitten hatte. Der ungarische Kriminalpolizei
soll dieser Umstand an, daß Matuschka im ersten Wagen
gewesen sein wollte, der vollständig getrimmert wurde
und in dem alle Passagiere tödlich verunglückten. Auch
soll er, daß man kein Gedächtnis nicht fand, keine Ausweise
sicheren aber in Erinnerung zu sein. Er wurde beauftragt,
im Juli hatte er Ersatz- und Händschürhaken gekauft und
war mehrfach zwischen Wien und Budapest hin- und her-
gereist. In Budapest hatte er mehrere Wohnungen, wo
er sich überall unter falschem Namen anmeldete. Auch seit
der Katastrophe soll er in Budapest und sogar in
Via-Lombard gewesen sein. Er behauptet, sich das Ersatz-
stück von einem Fabrikhändler gekauft zu haben.
Es ist durch Zeugnisaussagen erwiesen, daß er vor
dem Anschlag an der Stelle des Unglücks gesehen wurde.

Schwerer Motorradunfall in Danzig.

Zwei Schüler überfahren.

Bei dem Motorradunfall an der Memelbank des Dantsiger
Kreuzvereins in Joppo ereignete sich außerhalb der Memel-
straße ein schwerer Unfall. Ein Fahrer aus Danzig überfuhr
zwei Schüler, Brüder im Alter von neun und sieben Jahren.
Der Neunjährige erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald
darauf starb. Sein Bruder wurde ebenfalls schwer, aber nicht
lebensgefährlich verletzt. Im Verlaufe der erklommen kamen
einige Fahrer zu Fall. Alle Stürze verliefen jedoch glück-
lich.

Ein fahrbarer Ankermast für „Graf Zeppelin“.

Die ersten Versuche aufzudeckeln.

Nach der Niederlage des Luftschiffes „Graf Zeppelin“
von seiner Schmelz-Fahrt wurden nach der Landung vor
dem östlichen Hallenort in Friedrichshafen Versuche mit
einem neuen fahrbaren Ankermast ausgeführt. Die Ver-
suche sind zur vollen Zufriedenheit ausgefallen. Der
neue Mast ist

auf Schienen fahrbar,

die durch die Halle führen. Es soll durch diese Reu-
konstruktion ein großer Teil der Haltemomente erspart
werden. Bei böigem Wetter wird das Einbringen in die
Halle durch den neuen Mast sehr erleichtert.

in Wehhaufe, falls Sie doch höhen sollten, was ich be-
stimmt hoffe.“

„Für den Zuerstfall bin ich schon zum ersten Tanz en-
gagiert“, gab Dortchen lachend zurück.

Ernst von Dewitz hing das Blut ins Gesicht. Natürlich
wieder von dem Dönschlingling“, fuhr er auf, „der solche
gräßlich Worte schmiedet und Sie immer anhimmelt.“

Dorothea äunzte. „Doktor Walfer macht gar keine gräß-
lichen Verse. Sein letztes Gedichtbuch hat Aufsehen erregt,
und die „Böf“ und viele andere Zeitungen haben lange
Artikel darüber gebracht.“

Dewitz lächelte hart auf.

„Wie jung Sie sind, Fräulein Dortchen, daß Sie an so
etwas glauben. Gewiß hat Herrmann Walfer dort gute
Freunde.“

„Jut!“ entriestete sich Dortchen, „wie kann man nur so
schlecht von den Menschen denken?“

Der Alffessor hätte sich für seine Dummheit ohrfeigen kön-
nen. Nun hatte er die Golde, an deren Cuntz ihm die ge-
legene, exzitiert. Wie die sanften, blauen Augen sprühen
konnten.

„Alfo doch, wie ich ganz richtig vermutete, Tempera-
ment“, dachte er flüchtig.

„Sie müssen das nicht ernst nehmen, Fräulein Dorothea.
Ich gebe ja zu, daß Walfer zuweilen ganz gute Verse schrei-
ben. Die Berühmtheit der Damen ist aber gänzlich
übertrieben. Auf Kritiken in den Zeitungen werde ich über-
haupt gar nichts.“

„Ja, an was soll man denn da noch glauben?“ fragte
Dortchen fast vorwurfsvoll.

Dewitz lächelte überlegen.

„Am Münster, die es gut mit Ihnen meinen, Fräulein
Dortchen, die Sie verehren, die Ihnen alle Hände unter die
Hüfte breiten möchten, die das Leben nicht als phantastischen
Wahrgenraum auffassen, sondern lieber im Kampf des
Daseins stehen, andere zu stützen und durch das Leben zu
tragen.“

(Fortsetzung folgt.)

Wem gehören die deutschen Aktien?

Die Besitzverhältnisse bei den deutschen Aktiengesellschaften zu klären, ist eine außerordentlich schwierige Aufgabe, deren Lösung aber mit der fortschreitenden Konzentrierung der deutschen Wirtschaft immer wichtiger wurde. Namentlich hat das Staatliche Reichsamt verfaßt, nach dem Stande von Ende 1930 das Eigentum am Kapital der deutschen Aktiengesellschaften festzustellen, und zwar teils nach inländischen Anteilseignern und zur Feststellung der Ueberfremdung auch nach ausländischen Besitzern. Der Anteil des Auslandes am deutschen Aktienkapital war dabei außerordentlich schwer festzustellen. Ingesamt wurden 578 Fälle ausländischer Beteiligungen ermittelt. Bei 318 Gesellschaften betrug die Beteiligung des Auslandes 50 Prozent und mehr! An der Gesamtbeteiligungssumme von 1392 Mill. RM. haben die Vereinigten Staaten den größten Anteil mit 389 Mill. RM. Es folgen die Niederlande mit 250 Mill. RM., die Schweiz mit 195 Mill. RM., England mit 114 Mill. RM., Belgien mit 97 Mill. RM. und die Tschechoslowakei mit 95 Mill. RM.

Zu Ende denken.

Die heimische Kapitalbildung ist zur Zeit ins Stocken geraten; die Quellen, die auch in der bisherigen schweren Krise sich ergiebig zeigten, haben vorübergehend fast gänzlich zu fließen aufgehört. Geht man den Gründen dafür nach, so stößt man bald auf den Zentralpunkt aller wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der Gegenwart, auf Mangel an Vertrauen. Dieser Grund mag gerade heute erklärlich erscheinen, aber er hilft nicht weiter, im Gegenteil, er ist sehr lähmend. Was geschieht z. B. mit dem Geld, das bisher zur Sparlaste gebracht wurde? Es wird in sehr vielen Fällen gehamstert, d. h. zu Hause an einem mehr oder weniger sicheren Ort in Verwahrung gehalten, oder es wird zum Kauf größtenteils unnützlicher Waren verwendet. Auf der anderen Seite verlangen aber die Sparer, daß die Geldinstitute die bei ihnen abgerufenen Gelder prompt auszahlen. Daß ein solches Mißverhältnis auf die Dauer nicht möglich ist, liegt auf der Hand. Denn alle Geldinstitute sind auf neue Einlagen angewiesen; aus ihnen bestreiten sie in erster Linie die Auszahlungen, nur der über den täglichen Auszahlungsbedarf hinausgehende Betrag wird normalerweise befristet in Hypotheken und sonstigen Wirtschaftskrediten angelegt. Werden Einzahlungen aus, so sind Banken, Genossenschaften und Sparkassen gezwungen, Kredite zu tätigen, um dadurch die Mittel für die Auszahlungen zu gewinnen. Diese Kreditbindungen treffen das Handwerk, die Landwirtschaft, den Hausbesitz, also alle die Kreise, aus denen auch die Sparer stammen, sehr schwer. Aus diesen kurzen Überlegungen ergibt sich denn auch das notwendige Folgerung:

Wenn, wie bis zur Mitte des Jahres, ein geregelter Ein- und Auszahlungsverkehr vorliefen geht, der sich weitgehend in sich selber ausgleicht, so werden wir auch über den kommenden Winter genau so gut ohne irgendwelche Störungen hinführenkommen, wie es im letzten gleichfalls schweren Winter der Fall war. Es hängt also von uns selber ab, und die vernünftige ruhige Einstellung der Bevölkerung während der Zahlungsrückstände des Juli läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Einzahlungen wieder stärker in Gang kommen. Die eindrucksvollen Erklärungen von Reichsfinanzdr. Brüning, Staatsminister Dr. Geering und von Reichsbankepräsident Dr. Lutter auf der Sparkassenkongress Ende September über die Sicherheit der Wahrung sind geeignet, auch die letzten Hemmnisse zu beseitigen.

Bermischtes.

Sprechende Zahlen aus dem Deutschen Fußball-Bund. Der Deutsche Fußballbund veröffentlicht seinen Jahresbericht 1930/31, der interessante Zahlen aus dieser Spartenorganisation der deutschen Fußballer enthält. Die Mitgliederzahl beläuft sich auf beinahe eine Million. Das Berichtsjahr weist eine Steigerung um 200 000 Mitglieder auf. Diese Million Anhänger der braunen Ledertügel sind in rund 30 000 Mannschaften zusammengeschlossen und bestritten 673 778 Wettspiele. Soweit ist der Bericht sehr erfreulich. Die Rekrutierung liegt wie heute überall bei der Massenbilanz, 46 000 RM. Defizit stehen auf der Passivseite, das aber durch Ersparnisse aus den Vorjahren gedeckt ist. Die Hauptmaßnahmen des Bundes bildeten die Landespiele, von denen das Spiel gegen Ungarn in Dresden eine Rekordsumme von 73 873 RM. einbrachte. Den Zuschauerrekord hielt das Entscheidungsspiel zwischen Hertha-B.S.C. und Mündern 1860 in Köln, wo 42 319 Zuschauer die Sperren pflanzten. Für die Jugendpflege wurden 44 000 RM. ausgegeben. In dieser Summe befinden sich aber allein 25 000 RM. für die Jugendzeitung, so daß für die eigentliche Jugendpflege nicht allzu viel übrig blieb. Das neue Jahr sollte hier Abhilfe schaffen, und man sollte lieber an anderen Maßnahmen und an der Verwaltung sparen, als an der Jugendarbeit.

Die Verjüngung des deutschen Marktes mit deutschem Wild. Aus der deutschen Jagdwirtschaft werden dem Markt jährlich folgende Mengen an Großwild zugeführt: Rotwild etwa 15 800 Stück, Damwild 400, Schwarzwild 11 800, Rehwild 18 300, Gemen und sonstiges Gebräuswild 800. Das Gesamtgewicht für Großwild beträgt jährlich rund 4 660 000 Kilogramm.

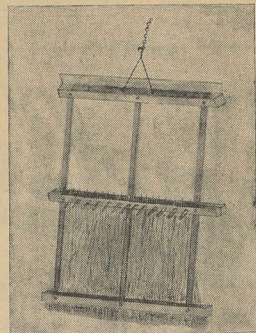
Das Sanfterumwesen auf dem Lande. Nicht häufig genug kann die Veranung wiederholt werden, den Sanfteren gegenüber große Vorbehalte walten zu lassen. Es ist eine viel beachtete Erscheinung der Zeit, daß gerade das flache Land mit Händlern und Hausierern aller Art geradezu überflutet wird. Und so brauen es auch für die Landleute sehr mag, wenn ihnen die Ware direkt im Hause angeboten und sie ihnen auch direkt ins Haus geliefert

wird, so muß doch andererseits immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß der Kauf von Hausierern den Käufern schon viele Unannehmlichkeiten gebracht hat. Der Reiseverleiher A. aus Leipzig besuchte Ende v. Js. die hiesige Gegend, und es gelang ihm auch, in Rosenfeld und Bretlin seine Ware, Wäsche, abzugeben. Eine Frau M. aus Bretlin kaufte von ihm Wäsche im Werte von 100 M., die Ware sollte ihr zugestellt und die Bezahlung in vier Raten „durch die Post“ erledigt werden. Beim Kaufabschluss hatte Frau M. „irgendwas“ unterschrieben. Was, darüber war sie sich nicht klar geworden. Es wurde ihr aber sehr klar, als ihr plötzlich Wechsel mit ihrer Unterschrift vorgelegt wurden. Es stellte sich nämlich heraus, daß der Händler ihr vier Wechsel vorgelegt hatte, die sie ahnungslos und über die Tragweite ihrer Handlungsweise in keiner Weise unterrichtet, unterschrieben hatte. Kompliziert wurde der Sachverhalt dadurch, daß Frau M. die Übernahme der Ware, die für ihre Tochter bestimmt war, verweigert hatte, daß aber andererseits die Wechsel bereits in den Verkehr gegeben worden waren. Wegen Betruges hatte sich am Montag A. zu verantworten. Wenn der juristische Tatbestand auch außerordentlich schwer zu klären war, so ergab sich doch aus der Verhandlung mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, daß A. alles andere als forrett behandelt hatte. Er wurde schließlich nach umfangreicher Beweisaufnahme an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von 10 Tagen zu 75 RM. Geldstrafe verurteilt. Dieser Vorfall lehrt wieder, daß es immer noch das günstigste ist, bei den heimlichen Geschäftstücken keine Käufe zu tätigen, die angeblichen Vorteile des billigen Kaufes durch Händler haben sich meistens doch als Illusionen erweisen.

Die Oktobernummern von Westermanns Monatsheften ist wieder von einer großen Neugierigkeit. Es ist interessant festzustellen, wie diese schönste deutsche illustrierte Monatschrift ihrem Programm treu geblieben ist, ihrem Programm, Güter und Wähler deutscher Kunst und Kultur, Literatur und Wissenschaft zu sein. Sie hat stets die Euphorie von dem Weisen gebietet und dem wirtlich Wertvollen den Weg gebahnt. Dabei war sie nie aufdringlich in ihrer Meinung, es genügt ihr, das Wertvolle gern den freundlichen Leser überlassen. Das dieses Urteil immer zu Gunsten von Westermanns Monatsheften ausfällt, zeigt die Beliebtheit der Zeitschrift in allen gebildeten deutschen Kreisen. Der Verlag Georg Westermann, Braunschweig, hat sich bereit erklärt, unseren Lesern gegen Einzahlung von 30 Hg. Porto ein 100 Seiten starkes Heft mit vielen Abbildungen, Kunstbelegungen und einer Menge von ein- und mehrfarbigen Bildern unentgeltlich zu überlassen, um ihnen Gelegenheit zu geben, diese schöne deutsche illustrierte Monatschrift kennen zu lernen. Wie selten, von dieser Vergünstigung recht reichlich Gebrauch zu machen.

Haus- und Landwirtschaftliches. Einfacher Wiesenobel.

Die Nachmahd hat mandem Landwirt gezeigt, daß seine Wiesen dringend des Glättens bedürfen, wenn die Mähmaschine in Zukunft nicht noch öfter auf unermüdete Widerstände stoßen soll. Die Mautwurfs-, und wo die Säufen der Grasmaschinen zahlreich sind, auch deren zwischen den verbleibenden Halmen leicht übersehene Varianten, bedürfen der ständigen Bearbeitung mit einem geeigneten Instrument, wenn sie nicht überhandnehmen sollen. Eine sehr einfache, in manchen Gegenden unbekannt, in anderen aber noch nicht eingeführte Art des Wiesenobel's kann man sich nach der beigegebenen Abbildung selber herstellen. Dieser Wiesenobel besteht aus einem festen Rahmen, der aus kräftigen Latzen zusammengesetzt ist. Der vordere Balken trägt eine scharfe Schneide, die mit einer scharfen, etwas nach dem Boden zu gerichteten Schneide versehen ist. Der Mittelbalken ist mit einer Reihe von nach oben gerichteten hölzernen Zapfen versehen. Diesen



Zapfen entsprechen ebenso viele Löcher, die sich in einem gleichgroßen, zweiten Balken befinden, der auf den Mittelbalken aufgelegt und mit zwei beiderseits am Ende befindlichen Mutterrauben angezogen wird. Ob dies geschieht, hängt man in die Zapfen Dornensträucher ein. Dann wird also der zweite Balken aufgelegt und befestigt. Der hintere Balken drückt diese Dornensträucher nach unten. Der Arbeitsvorgang ist nun so, daß bei dem Zug am Wiesenobel, der nur eine leichte Zugkraft beansprucht, die scharfe Schneide die Mautwurfsbauhen usw. abschneidet, während die nachfolgenden Dornensträucher wie ein breiter Wesen wirken und die Erde fein und gleichmäßig verteilen. Gegenüber der Arbeit mit dem Weiden oder der Sarte, die bei noch bestehenden Wiesen auch nicht entbehrt werden kann, bedeutet ein einmündiger Rundgang mit diesem Wiesenobel eine große Arbeitserparnis und liefert auch ganz gleichmäßige Ergebnisse.

Vollmilcherfag für Kälber.

Ein sehr gutes Ertragsmittel für Vollmilch ist Magermilch mit geschrotetem und aufgeschlammtem Schmalen oder Getreidemehl. Auf ein Liter Magermilch rechnet man 40-60 Gramm Schmalen oder Getreidemehl. Gut bedäht hat sich auch eine Tränke mit verduerter Stärke, die wie folgt hergestellt wird: 300 Gramm Kartoffelmehl werden mit einem halben Liter kaltem Wasser verrührt und darauf durch langsame Rührbewegungen von dreieinhalb Litern nahezu kochendem Wasser in einen heißen Kleister vermischt, in den nach dem Erkalten bei 50-60 Grad Celsius etwa 50 Gramm Magermilch eingerührt werden. An Stelle des Kartoffelmehls kann man auch getrocknete Kartoffeln, Kartoffelflocken, Weizen- oder Roggenfuttermehl nehmen. Desgleichen läßt sich der Magermilch durch Walzmehl ersetzen. Verschiedentlich hat man auch mit gutem Erfolg den Magermilch bzw. das Walzmehl weggelassen, so daß man auch ohne diese Zusätze das Getränk herstellen kann. Lebertran betrachtet man am besten als Weizen für Tiere, die infolge eines schlechten Futters nicht recht gedeihen wollen. Sonst kommt man besser und billiger mit einem fett- (über acht Prozent Fett) und vitaminreichen Fischmehl aus.

Das Reutern des Heus.

Das in vielen Gegenden sehr schlechte Wetter bei einem guten Stande der Wiesen und Grünflächen sollte mandem Landwirt noch Nachdenken veranlassen haben, ob die Einführung von Reutern zur Heugewinnung nicht doch sehr empfehlenswert für seinen Betrieb ist, trotz des scheinbaren Verlustes an Zeit. In Wirklichkeit ist der Zeitverlust ohne die Verwendung von Reutern meist viel größer. Früher hieß es: Der Koflee muß gemäht werden, wenn er in voller Blüte steht. Das Wiesengras, dessen ein Teil der Ernter bleibt usw. Die alte Zeit ist vorbei. Heute muß man eimerreiches Dürrfutter zu gewinnen suchen und darum mäht man den Koflee schon vor der Blüte oder spätestens zu Beginn derselben, das Wiesengras vor der Blüte, den Timothee, wenn sich die Ähren zeigen usw. ab. Ein so junges Futter trocknet natürlich viel schwerer und ist der Gefahr des Verregens aus länger ausgesetzt. Die Zeit der Heumähe zusammen mit diesem Wetter ist es kaum eine Woche. Wer kann es aber wagen, den größten Teil seines Futters niederzumähen, ehe er nicht schon einen Teil desselben in Sicherheit gebracht hat. Nur wer im Besitze der erforderlichen Anzahl von Mähermaschinen ist, kann darauf losmähen und bei schönem Wetter das in etwa zwei Tagen gut abgemähte Futter auf Reuter packen. Das so auf Reutern untergebrachte Futter ist so gut wie eingefahren und selbst das ungenüßliche Wetter kann ihm keinen Schaden antun.

Und ohne Reuter? In solchen Wirtschaften giebt sich die Futterernte wochenlang hin, wo viel Vieh sind, dauert sie oft bis zur Roggenernte. Das der Futterernte des so spät geernteten Futters oft unter dem des Sommerstrotchs genulien ist, bedarf keines Beweises. Sehr häufig ist gesagt worden: Die Futterernte auf Mähermaschinen ist bei ungünstigstem Erntewetter wohl empfehlenswert sein, aber bei schönem, beständigem Wetter ist es doch Zeitverschwendung, man erntet dann doch ebenso gutes Futter und dieses dann viel schneller ohne Reuter. Die Antwort darauf kann nur lauten: Wer hat denn die Garantie für langanhaltendes schönes Wetter übernommen? Außerdem werden gerade blutrote Futterpflanzen sehr bei ungünstigstem Ernte, wenn das Wetter sonnig und sehr trocken ist, denn durch Verreiben geht eine große Menge Wässer verloren und das sind die leichtverdaulichen und nährstoffreichen Teile der Futterpflanzen. Es steht ferner unzweifelhaft fest, daß die Futterernte mittels Reutern im Durchschnitt der Jahre ebenso schnell und ohne jede Weidarbeit ausgeführt werden kann wie die gewöhnliche Ernte, ja, die Erfahrung zeigt, daß sogar noch Arbeit erspart werden kann.

Trächtige Stuten.

Der Jüchter hat schon lange vor der Geburt die Stute zu beobachten. Sobald dieselbe nach erfolgter Bedeckung tragend geworden ist, muß er dafür sorgen, daß das Fohlen auch gesund zur Welt kommt. Man läßt zu diesem Zwecke die Stute in häufiger Bewegung und Arbeit. Am besten zur Feldarbeit, jedoch kann auch leichte Wagenarbeit nicht verderben. Regelmäßige, nicht überanstrengende Arbeit bringt ein gesundes, widerstandsfähiges Fohlen zur Welt, ohne die Geburt selbst irgendwie zu erschweren.

Die Trächtigkeit dauert durchschnittlich 340 Tage. Als tragend kann man die Stuten anprechen, wenn sie mehrere Monate nach dem Decken den Probierstein energisch abschlagen. Auch kann der Fierarzt schon im dritten bis vierten Monat die Trächtigkeit feststellen, während äußerlich erst dieser Zustand frühestens im sechsten Monat sich erkennen läßt.

Wenige Wochen vor dem Abfohlen gibt man den Stuten eine geräumige Ställe. Es ist auch kurz vor der Geburt das tragende Muttertier genau zu beobachten. Zeigen sich an den Zitzen gelbe Wachsabsonderungen, so kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die Geburt in 24 bis 36 Stunden erfolgt. Genio erschaffen die Bedenkmustern vollständig. Die Milchbildung kann schon längere Zeit vorher einsetzen. Man hat Fälle beobachtet, wo die Stuten schon drei Wochen vor der Geburt Milch hatten. Ganz sichere Merkmale gibt es für den bestimmten Geburtszeitpunkt überhaupt nicht. Die Geburt kann oft ganz plötzlich eintreten. Daher kann die Stute gar nicht sorgfältig genug beobachtet werden.

Bei Eintritt der Geburt kann es vorkommen, daß der Tragakt nicht zerreißt. Die Folge hiervon ist ein Ersticken des Fohlens. Liegt die Stute bei der Geburt zu nahe an der Wand, so kann das Fohlen durch die heftig einfließenden Wehen verdrückt werden. Nicht mangelhaft ist und nun bei bestimmten Geburtszeiten über dem Fohlen keine normale Lage aufweist. Es können hierdurch oft Leben des Fohlens und der Mutter gefährdet werden. Nur rechtzeitige Hilfe kann hier Unheil verhindern.

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.

Besetzungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zörgauerstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsführung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Nr. 123.

Donnerstag, den 15. Oktober 1931.

34. Jahrg.

Reichstag-Eröffnung und Reichstag-Aussprache!

Das Wirtschaftsprogramm.

Die „weiterreichende Zerrüttung der Weltwirtschaft“ hat die Reichsregierung von Woche zu Woche vor neue Aufgaben gestellt. Mit diesen Worten leitete der Kanzler bei der Regierungserklärung zu der Behandlung dessen über, was allein eigentlich noch als Neues und — dringend Notwendiges von der Regierung erwartet und gefordert wurde, das wirtschaftliche Programm. Aber nicht nur deswegen war von der Regierung Brünning bisher eine grundsätzliche Stellungnahme, ein fester Entschluß zu ganz bestimmten Vorgehen vermieden worden, weil sich die Kredit- und damit auch die wirtschaftlichen Beziehungen im Inland und mit dem Ausland „von Woche zu Woche“ — fast hätte er sagen können: von Tag zu Tag — ändern und noch ändern, sondern weil sich die Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen darüber, was nun binnen wirtschaftlich geschehen müsse, immer mehr verschärfte und zugespitzt haben. Weil sich außerdem diese wirtschaftspolitischen Gegensätze noch breiter, deutlicher und folgenreicher ausgedehnt hatten und das innen-, auf das parteipolitische Gebiet. Darum gerade wird auch für die Nation heute noch schmerzlicher Vermissen dem Reichskanzler gegenüber, wenn der Inhalt der Bedeutung sein, was der Kanzler als das Wirtschaftsprogramm seines jetzigen Kabinetts verstanden hat.

Brünning hat dabei den Willen vorangekündigt, die Stabilität der deutschen Währung unbedingt aufrechtzuerhalten und zu schützen. Hiß das Ausgangspunkt, zu wird als wichtigstes Ziel betrachtet: „Stabilität der Währung“, also der Festhalten in der Gütererzeugung und -verteilung. Damit rückt der Kanzler schon unmittelbar am Problem der Lohnhöhe, der Arbeitszeit, des Tarifrechtes und der Sozialbelastung. Und das sind außerordentlich „aktuelle“, auch politisch sehr empfindliche Punkte, die ja gerade jüngst erst der Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gewesen sind. Von beiden Seiten war der Kanzler zur klaren Stellungnahme hierüber gedrängt worden. Sie erfolgt aber nun nicht unbedingt nach der einen oder nach der anderen Seite. Das neue Kabinett wird hier einen Mittelweg gehen wollen. Grundsätzliches festhalten am Tarifgedanken — aber er muß größere Elastizität erhalten. Was sich über die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Notwendigkeiten anpassen, darf wohl zum „Ding an sich“ werden, an dem die Wirtschaft zerbricht. „Die Tarife müssen veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden“, erklärte der Kanzler. Und man deutet daran, daß man dies grundsätzliche schon beim Schlichtungsprozeß im Ruhrgebiet versucht hat. Aber der Kanzler ist auch sehr gegen das ewige Sine qua non der Tarifparteien in Lohn- und tarifpolitischer Streitigkeiten. Arbeitgeber- und -nehmer sollen diese selbst und unter eigener Verantwortung austragen: Reform des Schieds- und Schlichtungswesens.

Wenn also der starke Zwang in der Lohn- und Tarifpolitik gemindert werden soll, dann entspricht dem, daß der Kanzler sich nach gegen den Streikzwang bei der Preisbildung wandte. Auch dafür verlangt er mehr Elastizität, schnellere Anpassung an die allgemeinen Preisbewegungen und an die Kaufkraft der Massen. Das bedeutet wohl die Aufwindung, daß die Preisentscheidungspolitik der Reichsregierung auch gewisse bisher noch bestehende Hemmnisse durch eine Flexibilisierung der Kartellgesetze beseitigen will. Aber auch hier begründete sich der Kanzler mit Abwägungen, mit Rücksichten, weil ja Näheres erst durch die beabsichtigten direkten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen praktisch ausgearbeitet werden soll. Von nicht minder großer Wichtigkeit für die Sentung der Erzeugnisse und beim Handel und Gewerbe sind natürlich auch die Preisfragen. Hier erklärte der Kanzler nur, daß dem bereits beschriebenen Wege weiterzugehen zu wollen, der ja — über die Banken — ein überaus umfangreiches Eingreifen der Regierung in die gesamte Kreditpolitik bedeutet. Einen recht wunden Punkt berührte Dr. Brüning durch Erwähnung der volkswirtschaftlich höchst ungerechten Kreditverteilung, bei der die kleine und mittlere Industrie, vor allem aber Handel und Gewerbe bisher mit geradezu schmerzlichen Beschränkungen abgepaßt wurden. Die Kreditfrage für diese Wirtschaftszweige muß künftig „auch bei der Bankenpolitik“ eine der wichtigsten Aufgaben sein. Soffentlich wird diese „Aufgabe“ endlich auch erfüllt!

Nur „programmatisch“ äußerte sich der Kanzler zu den heute ja ganz ungewiss gewordenen, nun „von Woche zu Woche“ sich ändernden Fragen unserer Handelspolitik. Wieder einmal muß er die sich immer höher türmenden Zoll- und sonstigen Einfuhrzölle für unsere Ausfuhr beklagen. Uns selbst zwingt der Defizitmangel zu einer Einschränkung der Einfuhr, vor allem natürlich dort, wo eigene Erzeugnisse die fremden Einfuhrwaren ersetzen können. Das Problem der Stärkung des Binnenmarktes wird berührt — aber auch hier verweist der Reichskanzler darauf, daß dieser Programmrahmen erst noch ausgefüllt werden soll durch die Arbeit eines Wirtschaftskomitees.

Und das Ziel alles dessen, was der Kanzler in der Regierungserklärung, dann später in der darauf folgenden Rede entwickelte? Preisentlastung für die deutschen Erzeugnisse von ihrem Einfuhr bis zum Übergang in die Hände des letzten Konsumenten. Genießt es das „ein Programm“. Aber nun heißt es erst noch, es in die Wirklichkeit umzusetzen!

Brünning und die Parteien.

Die Schlacht ist im Gange. Von einem eigentlichen Debattieren, von einer wirklichen Aussprache, ist ja im Reichstag kaum jemals die Rede, höchstens — bei ganz unumgänglichen Angelegenheiten. Man hält mit Unterbrechung seiner politischen Freunde meist eine Art Monolog. Das hat jetzt eine neue, parlamentarisch vielleicht pikante, aber doch charakteristische Note erhalten: man demonstriert durch Sprechpausen aus dem Saal, daß man auf eine Aussprache kein Gewicht legt, sondern den Gegner nicht hören will. Infolgedessen beantwortet heute zunächst der Reichskanzler die Abwesenheit seiner politischen Gegner auf der rechten während seiner gestrigen Rede einfach mit der gleichen Maßnahme: er geht hinaus, als der Führer der Nationalsozialisten, Dr. Frick, die Nebentribüne bestiegen für seine Partei eine Erklärung abzugeben. Es darin ein Gegenangriff sowohl auf die Richtung der Äußerungen des Reichskanzlers, als auch auf alle einzelnen Maßnahmen der Regierung. Das Verlesen dieser Erklärung ist eine bewußte Ablehnung des theoretischen Gebrauches des Reichstages, zu debattieren, eine Ausdrucksform zu wollen. Die Nationalsozialisten wollen eben die Regierung und diesem Reichstag nichts sagen, deren Zweckberechtigung sie bestritten, sondern sie wollen nur dem deutschen Volk sprechen und ihm ihre Ansichten über die Regierung und Reichstag darlegen.

Nach dem zweiten, dem kommunikativen, dem Fraktionsvorsitzende Dr. Oberfohren auf. Auch er ist demselben Kraft gegen die Regierung Brünning vor — er debattiert. Er hält seine Programmrede geht ein auf das, was am Tag zuvor der Kanzler erwidert ihm, und packt das aktuelle Tagesgespräch das für das Parlament in Frage kommt, nämlich die Sarzburger Tagung, mit feinem Griffen an. Schließlich dreht er sich dabei um die Sachfrage. Reden Oberfohren nennt es Synagoge, dem früheren Reichspräsidenten den moralischen Vorwurf des wirtschaftlichen Landesverrates zu machen.

In steigend scharfer Form treten ihm dann die der Mittelparteien entgegen. Sie finden keine zureichenden Gegner, denn nun ist die Rede wieder hinausgegangen. In ihrer haben das Recht, sich im Reichstag nicht Gehör verschaffen zu dürfen. Dieses Recht muß Reichstag nicht zu einem unermesslichen, aber doch überaus schmerzlichen Schicksal für die Regierung führen. Zwar wiederholt der Minister in der Hauptsache nur das, was er bereits in seiner ersten Erwidderung gesagt hatte. Jetzt ist die Rede im Saal und die Zurück von dort her steigen sich berartig, daß der Reichspräsident wiederholt dazwischenzuschieben muß. Aber das ist nur das Beispiel. Zu Ende dem Saal, in welchem Widerspruch und noch lauterem Beifall heizt sich die Erregung im Laufe, als nun der Finanzminister sich die Wirkung der Sachfrage in den Saal zu sprechen kommt. Ein halbes Dutzend ausländischer Zeitungen weist er vor, die von einer Inflation der Reichsbank sprechen. Und mit diesem Höhepunkt schließt diese sogenannte „Aussprache“.

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers.

Im Reichstag stellte Reichskanzler Dr. Brüning seine neue Regierung vor und gab hierbei sein Regierungsprogramm bekannt. Er betonte hierbei insbesondere, daß die Reichsregierung in Übereinstimmung mit dem Reichspräsidenten beschlossen habe, einen Wirtschaftskomitee zu ernennen, der der Reichsregierung in den wöchentlichen Sitzungen der Räte zur Seite stehen soll. Mit ihm gemeinsam wird in kurzer Frist ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet. Dieses Programm habe aber als erste Voraussetzung die Aufrechterhaltung der Stabilität unserer Währung, an der unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe. Die Sozialpolitik müsse derart gestaltet und gehandhabt werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten anpasse. Der Tarifgehalt, der als solcher gelte und sei und erhalten werden müsse, bedürfe größter Elastizität in der Handhabung. Die Tarife müssten veränderten Verhältnissen schneller angepaßt werden. Mit einer solchen Politik müsse die Behandlung der Kartellfrage Hand in Hand gehen, da die Preisentlastung den wirtschaftlichen Bedingungen und der gestärkten Kaufkraft des Inlandes schnell angepaßt werden müsse. Die Bedeutung des Binnenmarktes werde in der kommenden Zeit stärker in den Vordergrund treten. Die Ziele seien denen, aus die hinaus eine erweiterten und beschleunigten Steigerung auf dem Lande.

Alle im Inland vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen bis auf das Letzte ausgenutzt werden, zumal die Notwendigkeit besteht, mit dem vorhandenen und anfallenden Defizitbeständen klarum zu wirtschaften. Einschränkungen der Einfuhr werden im wesentlichen dort erfolgen müssen, wo die heimische Produktion, insbesondere die Landwirtschaft die vorliegenden Bedürfnisse ausreicht und zu ungenügenden Preisen bedien kann. Damit entspricht die Reichsregierung auch den Wünschen der Arbeiterkassenverbände.

Auswärtigen des politischen Kampfes werde mit aller Entscheidung entgegengetreten werden. Entscheidend im ganzen sei der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, zur Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, besonders in unserer Jugend und als ihre wichtigste Aufgabe.

Bericht.

CE. Berlin, 14. Oktober
am 14. Reichskanzler Dr. Brüning hat den Reichstag eröffnet und der Deutschen Reichstag „Sprechpausen“ abgehalten.

Die Regierungserklärung

Die Regierungserklärung des Reichskanzlers Dr. Brüning hat den Reichstag eröffnet. Das deutsche Unheil rührt von der Weltwirtschaft her. Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen. Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen.

Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen. Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen.

Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen. Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen.

Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen. Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen.

Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen. Die Weltwirtschaft ist im Sinken und Auslande bringen.